

Waldenburger Bergland

Das Vertrauen zur Kommunistischen Partei wächst!

Auch in Dittersbach überfüllte D. D. D. -Feier! — Wieder sieben Arbeiter der Kommunistischen Partei beigetreten

Arbeit sind die Zeiten, wo es den Sozialfaschisten durch ihre verlogene demagogische Politik und beispiellose Hege möglich war, die Arbeiter von der Kommunistischen Partei fernzuhalten. Dafür legen die von der Kommunistischen Partei in fast allen größeren Orten des Waldenburger Berglandes einberufenen D. D. D. -Rundgebungen Zeugnis ab. Die Veranstaltungen in Weißstein und Nieder-Salzbrunn waren überfüllt.

Auch die am Sonntag in Dittersbach stattgefundene D. D. D. -Feier stand im Zeichen der wachsenden Sympathie für die Kommunistische Partei. Schon vor Beginn der Veranstaltung war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele später Ankommende mußten wegen Überfüllung wieder umkehren.

Die schon aus den anderen Veranstaltungen her bekannten aktuellen Kampflösungen, „Vorwärts im Geiste Lenin's, Liebeslichts und Zugensburgs“, „Trotz Belagerungszustand erst recht im Sturmschritt zur Revolution voran“ werden verstanden auf meterlangen großen roten Transparenten im Saal. Wieder unserer drei großen Führer grüßen von den Bänken die dichtgedrängt versammelten Arbeiter und Arbeiterfrauen von Dittersbach.

Nach einleitender Musik unserer Schalmelkapelle „Liebeslicht“ leitete Genosse Beder die Rundgebung mit einer Begrüßungsansprache ein. Begrüßert werden die Darbietungen der Jung-Partialis-Gruppe und der von Woche zu Woche sich mehr entwickelnden Partei-Agitiertroppe des Unterbezirks aufgenommen. Wichtig wirkt der Sprechchor der jungen Arbeiter.

Genosse Schulz richtet an die Anwesenden eine aufrüttelnde, politisch ernste Ansprache. Als er seine Ausführungen mit den Worten „Es lebe die Kommunistische Partei, es lebe die Revolution, es lebe der Sozialismus“ beendet, löst ein langanhaltender, begeisterter Beifall ein. Ein Beweis, daß die Anwesenden mit den Zielen der Partei einverstanden sind und sich dieselben zu eigen machen.

Der Aufforderung des Genossen Beder an die Anwesenden, aus ihrer Zustimmung zu den Ausführungen des Genossen Schulz die Konsequenzen zu ziehen, folgten sofort sieben Arbeiter. Vier traten der Partei und drei dem kommunistischen Jugendverband bei.

Nach weiteren Darbietungen der Gruppe stimmt die Masse begeistert in das Hoch auf die Kommunistische Partei und die Revolution ein und singt stehend die Internationale. Mit einem stürmisch erwiderten „Rot Front“ findet die Rundgebung ihr Ende.

Katzenhölle hatte es sich die Kriminalpolizei und die Schupo nicht nehmen lassen, ebenfalls ihre „Sympathie“ für die SPD zu bezeugen. Die Kriminalpolizei hatte sich im Saal selbst eingefunden und wurde vom Genossen Schulz „begrüßt“. Die Schupo in Stärke der bekannten zwölf Mann unter Führung eines Offiziers hatte sich in der wenige Meter entfernt liegenden Wache postiert. Die Genossen und anwesenden Arbeiter brachten allerdings den „Gefühlens“ der Polizei gegenüber unserer Partei wenig Verständnis entgegen.

Genossen, sorgt dafür, daß auch die anderen Rundgebungen von den Massen der Arbeiter besucht werden.

LLD.-Rundgebungen

Freitag, dem 7. Februar, in Wittmar, Lokal „Weißes Hof“. Rassenöffnung 18,30 Uhr, Anfang 19,30 Uhr.

Sonntag, 15. Februar, für die Ortsgruppen Hermsdorf und Waldenburg, in Waldenburg, Lokal zum „Schalkstein“. Rassenöffnung um 18,30 Uhr, Anfang 19,30 Uhr.

Sonntag, 16. Februar, veranstaltet vom Internationalen Bund, in Gottesberg, Lokal „Schützenhaus“. Anfang 19 Uhr.

Jungarbeiter fährt zum Oppositionskongress

Die Jugenddelegatschaftsversammlung der Melchiorgrube, in der, wie bereits gemeldet, ein Delegierter zum Oppositionskongress gewählt wurde, hatte folgenden Verlauf: Nach den Referaten des Betriebs-

Der Verrat komplett!

Schiedspruch ohne Lohnerhöhung

In Ergänzung zu dem gestrigen Bericht wird uns mitgeteilt: Am Sonntag tagte die Mediationskonferenz der „Irelan“ Gewerkschaften, die zu dem Schiedsspruch im Bergbau Stellung nahm.

Doffmann berichtete sinngemäß folgendes: Nach ergebnislosen Verhandlungen fällt die Schlichterkammer mit den Stimmen der Arbeitgeberbesitzer folgenden Spruch: Die geltenden Löhne bleiben bis September 1930 bestehen. Der Mindestlohn der Gebirgsarbeiter beträgt 6,30 Mark gegenüber 6,03 Mark bisher. Schichtführer werden mit Gruppe B 1 gleichgestellt. Dasselbe gilt für Maschinenwärter mit Seilfahrern. Schladensfahrer im Randbau und Kesselreiniger erhalten Arbeitskleidung und einen prozentualen Zuschlag.

Dieser Schiedsspruch befriedigt nicht und wird zur Ablehnung empfohlen. An einer Verbindlichkeitsklärung hätten die Gewerkschaften kein Interesse. Ein Kampf sei jetzt nicht zu denken; vielmehr sei eine tariflose Zeit erwünscht und man könne es sich zum Herbst überlegen. Die Erhöhung des Mindestlohnes sei ein großer Erfolg!

In der Aussprache kritisierte als erster Genosse Beder scharf das Verhalten der Führer in dieser „Lohnbewegung“, die keine Bewegung war. Durch Ablehnung des Schiedsspruches allein sei niemandem gedient, denn abgelehnt wird er sowieso einstimmig. Hier gilt es andere Wege und Maßnahmen zu beschließen, um wirklich Unternehmer und Staat zu zwingen, eine einigermassen ausreichende Lohnerhöhung zu gewähren. Deshalb müssen jetzt überall Versammlungen einberufen werden, um sofort den Kampf für unsere For-

derbetters B. und der Jungarbeiter, welche Stellung na verträglichem Handlungsweg der Verbandsbürokraten das es gilt, selbst die Geschäfte in die Hände zu nehmen. Neben dem Klassenkampf zu kämpfen, wurde ein in Jugendkollektive S. als Delegierter zu dem Kongress gewählter Arbeiter aller Gruben, mach's nach! Noch sind ein pa bis zum Kongress.

Der Dorfpollist

A. R. In welchem Zustande der Dorfpollist seines 2 zeigt folgender Fall: Am Samstagnachmittag fuhr ein im Alter von 5-6 Jahren die kleine Straßenanbahn in Nieder-Salzbrunn mit ihren Schritten herab der Pollist B. in aufsehendem betrunkenem Zustande entlang und brüllte die Kinder an. Er belegte sie mit Worten „Bälger“ und „Diebstuhne“. Ob Pollist B. die gebrüllte bei der SPD. lernt, entgeht sich unserer Kenntnis ist ihm jedoch, sich zu nähigen.

Freiburg

Der Nürnberg-Film. Das Arbeiter-Sportlied ist in den Tagen vom 7. 2. bis 9. 2. einschließlich läuft in Theater in Freiburg der Film vom 2. Arbeiter-Turn- in Nürnberg.

König, Fabrikarbeiter! Donnerstag, den 6. Februar im „Kronprinz“, Mitgliederversammlung.

berungen: 7,50 Mark in der Spitze, zu organisieren, auch Mühe diese Forderungen als „Blödsinn“ bezeichnet. Wer ist darüber haben die Kampfs ihr Urteil fertig! Di Stephan und Kleinschmid unterstützen diese Au Lehnerer wies besonders auf die ungeheure Zunahme d Leistung hin, die einem „Blödsinnigen“ abgemacht, wonach schichten ohne Projekte verfahren werden sollte wie bei Fürstentstein, Feierschichten eingelagert worde die Pöhlen auf den Halben Wegen. Doffmann und Genos sich ferner von ihrem Genossen Hertel noch anständige lagen lassen. Er sagte u. a.:

„Man macht uns Träume vor, um den Glauben zu e Der Traum und der Glaube sind ja nun zu Ende müssen andere Stellen aufgezogen werden. Wir müß bei verbindlichem Schiedsspruch kämpfen, mindestens Grubenlumpen gefällt, protestierend demonstrieren Darauf antwortete Möbber: „Das geht nicht!“

Einige Kampfs aber riefen: „Du hast ja kein Nach weiterer Diskussion wurde der Schiedsspruch m ig abgelehnt und Möbber wollte die Konferenz sch Opposition protestierte entschieden dagegen und verlo stimmung über Streik oder Nichtstreik. Daraufhin e Nichtbildig Möbber: „Der Antrag kann nicht zur Un kommen, weil er nicht schriftlich eingereicht war. Den Konferenz zu Ende und die Sache für die Bürokraten erle Aber nicht für die Kampfs.“

den Mord an dem Landwirt Schöple in Klein-Rüpper haben, wurde jetzt aus dem Glogauer Untersuchungsgefä lassen. Die Entscheidung, ob gegen Grunthier Anklage erholt wird, soll demnächst fallen. Allem Anschein nach scheint bi mord aber auch in die Reihe der unaufgeklärten Morde z

Glogau

Der Attentäter Mörder gesteht weiter!

Am Montag nachmittag wurde der Attentäter i Babior zu einem Lokaltermin in das Nordhaus in Atter führt. Angesichts der aufgebahrten Leiche seiner von ihm 1 15jährigen Nichte verlor er für kurze Zeit seine stolche zeigte eine gewisse Erregung. Nach kurzer Zeit konnte er ausführliche Darstellung der Mordtat geben. Er gestand, si Mädchen unfittlich vergangen zu haben, worauf ihm die habe, es werde dem Vater bei seiner Rückkehr alles erzäl will der Mörder Angst bekommen und das Mädchen mit de vorne niedergeschlagen haben. Als das Mädchen zu Boden sei, habe er noch zweimal wuchtig auf sie eingeschlagen.

Liegnitzer Textilarbeiter rebellieren

Gegen die hohen Gehälter der Verbandsangestellten — Gegen die Verle der Verbandsdemokratie

A. R. Die Generalversammlung der hiesigen Zählstelle des Textilarbeiterverbandes fand vergangene Woche statt. Von 1500 Mitgliebern waren circa 130 erschienen. Nach der Protokollbesprechung gab der Geschäftsführer Schumann die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht. In anschließenden Worten sagte er, daß kritischen g t ist, aber diese muß „im Sinne der Gewerkschaft“ sein. Er meint damit die sozialdemokratische Filz-latschenpolitik. Auch behauptete er, daß durch das Schlichtungswesen (lies: Schwandel) der wirtschaftliche Frieden hergestellt ist. Ferner sagte er: „Der Abschluß der Lohnverhandlung ist nicht befriedigend, jedoch nicht zu verachten, wenn man andere Abschüsse sieht.“ (1) Kollege Hermann von der Opposition stellte die Frage, warum die der Bauhütte gegebenen 1000 Mark nicht im Jahresbericht erwähnt sind. Die Antwort darauf war, daß das Geld derselben unverzüglich geliehen ist und noch nicht zurückgegeben wurde. Kollege Fleischer (Opposition) fragte, warum nicht, wie in anderen Gewerkschaften, der Jahresbericht den Mitgliedern schriftlich zugestellt wird. Er wies unter Zustimmung der Kollegen nach, daß er in den letzten Jahren von einer Lohnerhöhung nichts gemerkt hat. Er bekam darauf die Antwort eines Demagoggen, daß er wohl schon früher viel verdient haben muß, wenn er von einer Lohnverbesserung nichts merkt. Kollege Schläger (Sinnlos) forderte die Kollegen auf, sich gegen die Praxis, die im letzten Lohnkampf angewandt wurde, zu wehren. Man wurde damals vor vollendete Tatsachen gestellt. Nach zeigte er an einem Beispiel, wie die Demokratie im Verband mit Fäßen getreten wird. Die Mitglieder stellen Anträge und die Vorgesetzten setzen sich darüber hinweg. Diese sehr schäblich vorgegangenen Anträge glaubte Herr Schumann mit dem Hinweis auf das Alter des jungen Kollegen abzuwehren. Wir sind diese Art „Kampfbereitschaft“ genötigt und erwarten von diesen Leuten nichts anderes. Die Verbandsangestellten brauchen nichtig daselbe. Frau Häre wurde wieder gemeldet, weil sie in der Zeit, als wir die Ehre hatten, ins Feld zu gehen, den Boden in Liegnitz gepflügelt hat. Der Satz von

schlechten“ geführte Diskussion wird wohl Schumann geges daß die Schuld der Proleten einmal zu Ende gehen wird. Frage gab er zu, daß er Gehalt für 13 Monate erhält. Er seine Tätigkeit bei der Krankenkasse immer als „ehrenamtlich“ bezeichnet, mußte er zugeben, daß ihm dieses „Ehrenamt“ di Entschädigung von 120 Mark monatlich einbringt. S waren die Ausführungen der Diskussionsredner, daß Arb mit solchen Gehältern nicht mehr am Kampf der Arbeiter sind.

Die auf dem Nachhausewege und im Betriebe geführte zeigt uns, daß die Opposition auf dem richtigen Wege ist. Kommt mehr in die Versammlung und unterstützt den Ka die Sozialfaschisten. Durch Beitragszahlen allein enfre Kongress und ihr Häuslein Anhänger. Kampf mit der Dp die Lösung!

Niederschlesien

Görlitz

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier

Am Freitag, veranstaltete die Partei im Konzerthause wieder eine LL-Feier. Das Programm ist als erklärend zu bezeichnen, u. a. wird ein Theaterstück in drei Akten aus der Rätezeit, betitelt „Die rote Fahne“ aufgeführt. Der Vorverkauf hat bereits stark eingesetzt, und ersehen wir alle Genossen und Sympathisierenden, sich rechtzeitig mit Einlaßkarten zu versehen. Solche sind bei allen Funktionären und Mitgliedern sowie in der Geschäftsstelle der „Arbeiter-Zeitung“, Luitz 6, zu haben. Agitiert für einen Massenbesuch.

Sagan

Die Sozialfaschisten hehen gegen den Oppositionskongress

A. R. Die treuen Republikaner haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Gewerkschaften vom Kampf abzuhalten. In diesem Zweck fand am Montag voriger Woche eine von der SPD, Ortsgruppe Buchwald, einberufene Gewerkschaftenversammlung statt, in der Ordnungshüter Jmid als Sprachrohrbesitzer von Sagan sprach. Am Donnerstag bekürmten uns die Kollegen von Buchwald und teilten mit, daß dieser Demagoge eine Hege gegen die Besichtigung des Kongresses der Gewerkschaftsopposition inszenierte. Die Buchwalder Kollegen bezeichneten diesen Dremser als Feigling und erklärten, daß Jmid allerhand Mist verzapft habe. Sie werden ihm ein nächstes Mal die Antwort erteilen, falls er es wagen sollte, wiederum zu kommen. Auch ist er einer derjenigen, der als Beisitzer im Sprachrohrbesitz dafür sorgt, daß bei der Beratung von Ein-sprächen diese abgelehnt werden, so daß die betroffenen Personen wegen einseitig gefassten Beschlüssen kein Einspruchsrecht beim Landesratsamt haben. Das nennt sich „Arbeitervertreter“. In dieser Ecke geht auch der Kreisleiter Hill, Sprottau, der den Landarbeitern etwas vorgeht, und sie kann durch Möbber verhöhnt.

Der Gewerkschaften-Ausschuß erteilt jeden Montag Auskunft bei Geyper, Brüderstraße 15.

Sprottau

Das nennt sich Pädagog

A. R. In Mallmitz gibt es einen Schuldirektor mit Namen Gebauer. Dieser ging am 25. Januar abends am Kino vorbei. Dort begegnete er dem Gerhard Schröder. Die Hände in den Taschen grüßte Schröder. Dieser Gruß genügte dem Herrn Schuldirektor nicht. Er ging auf Schröder zu und verlangte „Die Hände aus den Taschen“. Als Schröder diesem Befehl nicht Folge leistete, schlug ihm dieser schnelldige „Pädagog“ ins Gesicht. Kommentar überflüssig!

Wrochau

Am den Gemeindevorsteher von Erisafinden

A. R. Es ist in der nahen Gemeinde Steinlirchen ein Gemeindevorsteher namens Kasper. Wenn ein Einwohner, der anderer politischer Ansicht ist, mit einem Kollegen zu ihm kommt, ist er nicht zu finden. Kräftig es aber mal zufällig, daß er zu Hause ist, wird solch ein Einwohner in der denkbare „liebenswürdigen“ Art und Weise abgefertigt. Ausdrücke für die SPD wie „Verderber“, „Verhöhnender“ usw. sind bei ihm bei solcher Abfertigung geläufig. Unter anderem leitete er auch ein „rot“ Schloß.

Blandleitbau Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung v. Kugeln, Bälle
und Schmutzläden

Louis Wendriner
Destillation
Gleiwitz 65, Klosterstraße 33
☆
Verkehrslokal
aller Arbeiter

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 7. Februar 1930
12. Jahrgang, Nummer 32

ersch. mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Preis pro Jahr: wöchentlich 6,00 M., monatlich 2,00 M., Halbjahres 10 M., durch die Post bezogen monatlich 2,00 M., unter Einschluß 6,00 M. Auslandspost; Die Kreisposten des Reiches sind über diesen Namen zu bestellen; Die Kreisposten des Auslandes sind über diesen Namen zu bestellen; Die Kreisposten des Auslandes sind über diesen Namen zu bestellen; Die Kreisposten des Auslandes sind über diesen Namen zu bestellen.

für Schlessien und Oberschlessien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Trebnitz Str. 50, Tel. 540-50.
Korrespondenz: Breslau 544, S-Batillon; Breslau, Trebnitz
Straße 50, Tel. 239 02. Geschäftsverteilung: von 12-18 Uhr,
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialverteilungen:
Wrocław, Breslau, Tel. 4088; Oppeln, Kaldenburger Str. 11, Tel. 156-6;
Wrocław, Lützow Str. 2384. Geschäftsverteilung: 8-10 Uhr. Geschäftsverteilung:
Gumpelbergstr. Breslau, Geschäftsverteilung: 8-10 Uhr. Geschäftsverteilung:
Lützowstr. 2384, Breslau. — Druck: „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitz, Str. 50

Der Hungeretat wird beraten

Alle Ausgaben für Arbeitslosenversicherung sollen im Reichsetat gestrichen werden Doppelte Erhöhung der Biersteuer vorgesehen

Berlin, 7. Februar.
Nach den Plänen des Finanzministers Molkenhauer zur Bedeckung des Defizits, das er für 1930 mit etwa 700 Millionen Mark beziffert, sollen sämtliche Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung aus dem Reichsetat gestrichen und die in Frage kommenden Kredite von der Arbeitslosenversicherung und der Landesversicherungsanstalt gegeben werden. Diese Regelung soll für zwei Jahre gelten, da Molkenhauer die Arbeitslosenversicherung will, daß sie ab 1932 aus eigenen Mitteln die Kredite abtragen soll. Den verbleibenden Fehlbetrag im Haushalt will der deutsch-volksparteiliche Finanzminister, so wie Hilferding es vorgeschlagen hat, durch eine Erhöhung der Biersteuer, die 180 Millionen ergeben würde, und eine Erhöhung der auf die Massen jederzeit abwälzbaren Umsatzsteuer um ein Drittel Prozent decken. Da aber auch dann noch ein Fehlbetrag bleibt, denkt Molkenhauer sogar an eine doppelte Erhöhung der Biersteuer.

Künftig wird mitgeteilt: „Das Reichsministerium trat am Mittwoch unter Vorsitz des Reichsfinanzministers in eine erste Beratung über die Gestaltung des Etats 1930 ein. Der Reichsfinanzminister erstattete über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung des Haushalts und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten einen ausführlichen Bericht, dem eine eingehende Aussprache folgte. Es wurde in Aussicht genommen, am Freitagvormittag mit den Parteiführern eine Besprechung über den gleichen Gegenstand zu veranstalten.“

Auf Kosten der Arbeiter werden die Reichsfinanzen von der Koalitionsregierung saniert. Wehrt den neuen Anschlag ab! Nützt euch, die Waffe des politischen Massenstreiks gegen eine Regierung zu ergreifen, die für die Reichswehr und Polizei eine Milliarde, aber für die Erwerbslosen und die Arbeiter nur Abbau, Abbau und abermals Abbau hat!

Organisiert in allen Betrieben den Kampf um mehr Brot und Lohn! Erwerbslosenbataillone! Mobilisiert zum Kampf um ausreichende Unterhaltungen! Morgen und Sonntag tagt in Breslau der

Bezirkkongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Schlesiens. Diese Kampftagung wird in Schlessien eine proletarische Offensive gegen den Young-Plan-Kurs einleiten. Organisiert schon jetzt große Versammlungen, wo vom Kongress Bericht erstattet wird.

Treff alle Vorbereitungen zum Kampf!

Christliche und reformistische Betriebsräte und Gewerkschaftsböden für Massenentlassungen

Auf den ober-schlesischen Gruben haben die Handlanger der Unternehmer, die reformistischen und christlichen Betriebsräte und Gewerkschaftsbürokraten, in Belegschaftsversammlungen und bei Verhandlungen mit dem Unternehmer die Massenentlassungen und die Feler-schichten ausdrücklich gebilligt. Sie erklären, die Arbeiterschaft dürfe gegen die Rationalisierungsmassnahmen der Kapitalisten keinen Widerstand leisten. Diese Unternehmerrnechte haben sich sogar bereit erklärt, selbst die Arbeiter auszusuchen, die entlassen werden sollen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, überall sind die reformistischen und die christlichen Unternehmerrnechte die gleichen Berater. Macht Schluss mit diesem Gesindel! Wählt überall Wahlauschüsse zur Vorbereitung der Betriebsräte-wahlen. Stellt in Belegschaftsversammlungen die Tapfersten und Erprobtesten unter euch als Kandidaten auf!

Wählt Rote Betriebsräte!

Streik geschlossen fortzuführen. In einer Entschliessung sprach die Belegschaft der von ihr gewählten Streikleitung das vollste Vertrauen aus und wies die Angriffe der Bürokratie auf die revolutionäre Opposition energisch zurück. Die Streikversammlung erklärte das Verhalten der D.V.-Bürokratie als einen Dolchstoß in den Rücken der Kampffront der streikenden Arbeiter. Sie erkannte, daß es ein Fehler war, die Bürokratie zu ermächtigen, Verhandlungen mit der Firma aufzunehmen. Aus diesem Grunde legte es die Streikversammlung auch ab, einen der Bürokraten anzunehmen.

Dieser organisierte Verrat an den Hartmannsdorfer Textilarbeitern durch die Textilarbeiterbürokratie muß durch die Solidarität der breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft unumgänglich gemacht werden. In allen Betrieben muß zu den Streikbruchmethoden der Sozialfaschisten Stellung genommen werden. Die kämpfenden Textilarbeiter in Hartmannsdorf müssen durch gewaltige Solidaritätsaktionen noch tatkräftiger als bisher unterstützt werden. Jetzt heißt es, den Streikenden praktische Solidaritätsbeweise zu geben.

Am Sonnabend Kongress-Öffnung

Breslau, 7. Februar.
Am morgigen Sonnabend um 17,30 Uhr wird in Breslau im Lokal „Zum Leising“ der schlesische Bezirkkongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition eröffnet.

In den letzten Tagen ist eine Anzahl weiterer Delegierten gewählt worden: bei den Eisenbahnern des Obertors, Breslau, zwei, bei den Erwerbslosen in Briesg und Ohlau. Einige Versammlungen, in denen weitere Delegierte gewählt werden sollen, haben noch statt.

Wir teilen noch einmal mit: Der Unkostenbeitrag pro Delegierten beträgt 1,50 Mark. Die Gattinnen zahlen keinen Unkostenbeitrag von 40 Pfennig (Betriebsarbeiter) und 20 Pfennig (Erwerbslose). Die Delegierten- und Gastkarten werden auf dem Kongress ausgeteilt.

Eisenbahnwerkstätte Obertor delegiert zum Oppositionskongress

Breslau, 7. Februar. Am gestrigen Donnerstag fand im Bergkeller eine außerordentliche Belegschaftsversammlung der Eisenbahner vom Obertor statt. Zur Behandlung stand die Frage des Verhältnisses der Eisenbahnerkollegen zum Young-Plan und die Wahl von Delegierten für den Bezirkkongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der am kommenden Sonnabend und Sonntag in Breslau stattfindet. Als Referent sprach der Genosse Jendrosch vom Hauptbetriebsrat der Reichsbahn.

Jendrosch wies darauf hin, daß auch durch den Young-Plan sich an dem Charakter der Reichsbahn als Privatunternehmen nichts ändert. Die Reichsbahn bleibt weiterhin „unabhängig“, wird also auch in Zukunft die Rationalisierungsmethoden verschärfen, das Personal noch brutaler ausbeuten, um die auf die Reichsbahn entfallende Reparationssumme aus den Knochen des Personals herauszuschinden. Wenn die reformistische Gewerkschaftsbürokratie das Gegenteil behauptet, so mit der Wucht, die Kollegen irreführen, um sie vom Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung abzuhalten. Die letzte, im vorigen Jahre abgeschlossene Lohnbewegung, war der deutlichste Beweis dafür, daß die Verbandsbürokraten mit dem Generaldirektor Dormmüller Hand in Hand gehen, und daß sie auch jetzt und in Zukunft nicht daran denken, den Kampf um mehr Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit zu organisieren. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition allein ist es, die diesen Kampf gegen die Unternehmer und ihren Verbündeten, die Gewerkschaftsbürokratie, energisch führt. Auch die Kollegen der hiesigen Anlage müssen sich in diese Kampffront einreihen und gemeinsam mit der Gewerkschaftsopposition durchführen.

Im Anschluß an die Ausführungen des Kollegen J. schlugen die Versammelten aus ihrer Mitte zwei Kollegen vor, die als Delegierte an dem Bezirkkongress der Gewerkschaftsopposition teilnehmen werden. Der Verlauf der Versammlung und die Wahl der Delegierten ist der sichere Beweis dafür, daß auch die Eisenbahner in Breslau eingesehen haben, daß sie nur gemeinsam mit der Opposition in der Lage sind, mit der Ausbeutung und den reformistischen Vertretern Schluss zu machen.

Waldenburger Grubenbesitzer beantragen Verbindlichkeitsklärung

Waldenburg, 7. Februar. Der Schlichter für den Bezirk Schlessien teilt nach der Presse mit, daß der Verein für die bergbäuerlichen Interessen Niederschlesiens den am 31. Januar 1930 gefällten Bescheid angenommen und die Verbindlichkeitsklärung des Bescheidsprüches beantragt hat.

Der Bescheidspruch bringt bekanntlich nicht einmal eine nominelle Lohnhöhung, bedeutet also einen Lohnabbau. Die Bergarbeiter müssen den Kampf für 7,70 Mark Dauer-

mindestlohn unter Führung von im Betrieb gewählten Leitungen organisieren — ohne Rücksicht auf den Entscheid des Reichsarbeitsministers.

Sozialfaschisten organisieren den Streikbruch in Hartmannsdorf

Nach zehn Wochen entbehrungsreichem Kampf der Hartmannsdorfer Textilarbeiter glauben die sozialdemokratischen Streikführer ihre Zeit für gekommen, um die Judasrolle, die sie vom ersten Tage des Streikes an gespielt haben, zu Ende zu spielen. Die sozialfaschistische D.V.-Bürokratie hat mit den Textilbaronen hinter dem Rücken der Streikenden eine Vereinbarung getroffen, den Kampf der tapferen Recenia-Belegschaft unter allen Umständen abzumürgen. Die ganze Ungeheuerlichkeit dieses neuen sozialfaschistischen Verbrechens zeigt sich an der Tatsache, daß die Direktion bei den Verhandlungen erklärte, daß sie den georderten 37 prozentigen Lohnabbau rückwärtslos durchzuführen und von der Belegschaft etwa 140 Kollegen maßregeln werde. Trotzdem erklärten sich die Sozialfaschisten bereit, alles daranzusetzen, um den Streik in der nächsten Woche zu beenden. Die Polizei ist bereits instruiert, ab nächster Woche keine Streikposten vor dem Betrieb zu dulden.

Die Streikversammlung vom 4. Februar beschloß einstimmig, den

Rundfunkvortrag über Sklaref-Scandal von Korruptionisten verhindert

Im Sklaref-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages kam es gestern zu erregten Auseinandersetzungen über eine Rundfunkübertragung. Der Bürgermeister Scholz sollte vor dem Mikrophon über die Finanzgebarung der Stadt Berlin sprechen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und die Deutschnationalen erhoben dagegen Widerspruch. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses führten in der Abstimmung über den kritischen Rundfunkvortrag ein Täuschungsmanöver aus. Sie stimmten für die Übertragung. Als aber dieselbe beginnen sollte, und die Mitglieder des Ausschusses sich vor dem Mikrophon bekümmerten, erklärte plötzlich der berüchtigte sozialfaschistische Abgeordnete Seimann: „Meine Herren, Sie brauchen sich nicht so anzuklagen, die Übertragung ist längst abgehehlt!“ Die kommunistischen Abgeordneten protestierten energisch gegen diesen Übergriff.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses ist bekanntlich der kommunistische Abgeordnete Schwenk. Nur er hätte die Berechtigung zu einer solchen Maßnahme gehabt, aber es lag ja auch der Beschluß des Ausschusses vor, daß die Übertragung

stattfinden soll. Die Kommunisten setzten es durch, daß das Mikrophon wieder eingeschaltet wurde. Genosse Dbusch beantragte sofort, daß der Berichterstatter über die Aufgaben des Ausschusses sprechen soll. Darauf gerieten die bürgerlichen und sozialdemokratischen Ausschussmitglieder wieder in helles Entsetzen. „Das gehört in nichtöffentliche Sitzungen.“ Die Kommunisten wollen die Übertragung für ihre Agitation ausnutzen.“ (Diese Gesellschaft ist sich also darüber im Klaren, wie die Wahrheit über die Korruption von der werktätigen Bevölkerung aufgenommen würde.) Während die Vertreter der Korruptionsparteien lärmten, trat der Genosse Scholz zum Mikrophon und kennzeichnete dort vor aller Öffentlichkeit das Verhalten der sozialdemokratischen und bürgerlichen Ausschussmitglieder.

Durch diese Vorgänge im Sklaref-Untersuchungsausschuß haben wir einmal ganz deutlich gezeigt, daß außer der SPD. alle anderen Parteien versuchen, die Korruptionsskandale nicht aufzuklären, sondern

Bürgerliche überführen Grzesinski der Nazi-Begünstigung

„Hakenkreuzler reizen unter Zörgiebels Schutz die Arbeiterbevölkerung bis aufs Blut“ — „Die Nazis können sich bei Grzesinski bedanken“, sagt Demokrat Pohl

Daß die sozialdemokratischen Minister mit ihrer erbarmungslosen Bekämpfung der Arbeiter nur den Faschisten Vorschub leisten, ist insbesondere durch die Ereignisse der letzten Monate Allgemeinut des Proletariats geworden. Wenn aber selbst bürgerliche Schriftsteller, angelehene Mitarbeiter kapitalistischer Zeitungen zu demselben Resultat kommen, dann muß das blutige Willkürregiment der sozialdemokratischen Regierungsbögen schon das bisher übliche Maß überschritten. In der neuesten Ausgabe der „Weltbühne“ schreibt der ständige Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“, Heinz Pohl, ein Demokrat, unter dem Titel „Grzesinski bekämpft den Terror“:

„Die ganze Energie der Terrorbekämpfung gegen rechts und links wird seit einem Jahr darauf verwendet, den linken Flügel der Nationalisten zu jähren, zu schwächen, zu vernichten. Die Bekämpfung des rechten Terrors steht nur auf dem Papier. Wenn die Nationalisten in den letzten Monaten überall in Preußen einen beispiellosen Propagandaaufschlag verzeichnen konnten, so können sie sich dafür in erster Linie nicht bei Hitler und nicht bei Goebbels, sondern beim preussischen Minister des Innern, dem Sozialdemokraten Grzesinski, bedanken.“

Wohlgemerkt, ein Demokrat, rechts von Grzesinskis Partei, muß sich unter dem Druck der zahlreichen Beweise die Schlussfolgerung der Kommunisten zu eigen machen, daß der

Hakenkreuzwuchs auf die direkte Begünstigung durch den sozialdemokratischen Minister zurückzuführen ist.

Und er fährt, die zahlreichen Greuelthaten der Faschisten aneinanderreihend, fort:

„Jetzt endlich, so dachte man, unpolitisch, wie man nun einmal ist, wird doch wohl Genosse Grzesinski eingreifen und analog dem Rotfrontkämpferverbot auch die S. S. (Schutzstaffel)-Garden auflösen. Mit nichts geschah dies. Es geschah vielmehr, daß

die S. S.-Leute in Berlin unter Führung des Dr. Goebbels und wohlbeschützt von einigen Hundert-

schaffen Zörgiebels, im Paradenmarsch durch die Arbeiterquartiere Neuköllns und des Wedding zogen und die ohnehin aufgeregte Bevölkerung bis aufs Blut reizten.

Die Folge: Zusammenstöße und Schlägereien. Die Folge: Neue Drangsalierungen der Kommunisten, die an allem die Schuld trügen... Ein Bruchteil von dem, was die Nationalisten verübt haben, genügt dem preussischen Innenminister, den Rotfrontkämpferbund zu verbieten... Die Radikalisierung der Kommunisten, deren Versammlungen von der aufgehehten Schupo

nicht mit Gummihüpfeln, sondern gleich mit Säulen auseinandergetrieben werden, — es ist mit seine Schuld.

Die Bekämpfung der Nationalisten in wenigen Monaten, ihre Anstaltspläne, die mit Samthandschuhen beherrschten Polizeiaktionen gegen sie — es ist mit seine Verdienst.

Die Bürde der Schuld, die Pol dem Grzesinski aufzuladen, wiegt darum um so schwerer, als man dem Autor des Artikels wahrhaftig nicht vorwerfen kann, daß er auch nur die geringsten Sympathien für die Kommunisten habe. Im Gegenteil, er hat gegen den antikommunistischen Terror nichts einzuwenden und wünscht nur, daß man ihn auch gegen rechts praktiziere. Er sieht nicht, kann oder will nicht sehen, daß

die Unterdrückung der Kommunisten ohne den Schutz der Nationalisten, der Terror gegen links ohne die Begünstigung der Faschisten, die Verfolgung der Arbeiter ohne die Unterstützung der legalen und illegalen Schutzstaffeln und Sturmabteilungen des Kapitals nicht möglich ist.

Das ist der Fall der Grzesinski, Severing und Zörgiebel und wie ihre Hakenkreuzerkampagnen heißen mögen. Sie sehen in den weißen Hakenkreuzgardien einen Keimkeim gegen die proletarische Lawine, die alle beide, die SPD-Führer und ihre Nazis, verschlingen wird.

Gefängnis für Bettler und Prostituierte

Wie die Bourgeoisie die ärmsten Opfer ihres Systems verfolgt

Nachdem der Strafrechtsausschuß das Republikanengesetz durchgeprüft hat, beschäftigte er sich am Donnerstag mit dem Paragraphen des neuen Strafgesetzentwurfes, nach dem das Betteln aus Arbeitssachen, die Anleitung von Kindern zum Betteln und das Bagabundieren und mittellose Herumtreiben mit einer Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten bestraft werden soll.

Für die kommunistische Fraktion hob der Genosse Maslowski den ausgeprägten Klassencharakter dieser Bestimmung hervor. Er verwies insbesondere darauf, daß das geltende Recht bisher nur Haft bis zu sechs Wochen für die Bettelstrolche

vorsah und daß die Verschärfung der Strafe bis zu sechs Monaten nur der Ausdruck dafür ist, daß sich das Elend infolge der gesteigerten Klassengegnung ungeheuer vergrößert hat. Jetzt will man, statt dem Hunger sozialpolitische Maßnahmen entgegen-

zustellen, sich von der Verantwortung dadurch drücken, daß man die Hungernden zu verbrecherischen Bettlern stempelt und sie ins Gefängnis steckt. Die vornehmen Bagabunden, die sich mit einer gefüllten Börse im Lande herumtreiben, ohne eine produktive Beschäftigung zu haben, sind natürlich keine strafwürdigen Bettler, sondern ehrenwerte und vornehme Leute.

Die kommunistischen Streichungsanträge wurden abgelehnt. Dagegen wurde angenommen der Antrag auf Herabsetzung der Höchststrafen von sechs Monaten auf sechs Wochen Gefängnis. Während die Sozialdemokraten sonst auch für die Streichung mitstimmten, gaben sie bei dem Paragraphen, der die Eltern von bettelnden Kindern bestrafen will, ihre Stimme für diese ausgeprägte Klassenbestimmung ab.

Der Strafrechtsausschuß beschäftigte sich ferner mit den Fragen der Prostitution, und zwar soll nach dem Entwurf die

Prostitution dann bestraft werden, wenn sie gewerbsmäßig in der Nähe von Kirchen oder Schulen oder in Wohnungen betrieben wird, in denen sich Kinder von 3—18 Jahren aufhalten.

Desgleichen sollen Prostituierte bestraft werden, die „gewerbsmäßig Unzucht treiben“ in Städten unter 15000 Einwohnern. Dieser Paragraph ist nichts anderes als eine Wiederholung der Bestrafung der Prostitution überhaupt, die sonst, was die weibliche Prostitution anbelangt, von dem Gesetzentwurf in der Erkenntnis ausgeht, daß durch Bestrafung die Prostitution nicht beseitigt werden kann. Auch hier rechnete der Genosse Maslowski mit der bürgerlichen Heuchelei ab, indem er darauf hinwies, daß doch die Prostituierten als die wirtschaftlich Schwachen und Ausgebeuteten, sich nicht Willensgrundstücke fern von der Kirche und von der Schule ansetzen könnten, sondern im Gegenteil vom Wohnungswüter abhängig sind. Unfähig, die sozialen Wurzeln der Prostitution zu beseitigen,

will der honette Bürger zwar nach wie vor die Prostitution für sich ausnützen, aber doch von den allen offensichtlichen Anzeichen ihres Vorhandenseins „aus sittlichen Gefühlen“ verschont bleiben.

Die Regierung mußte sich selbst von dem Deutschnationalen Herge sagen lassen, daß die Bestimmungen „sehr wenig durchdacht“ seien. In allgemeiner Ratlosigkeit beschloß der Ausschuß, die Abstimmung zu diesem Prostituierten-Paragraphen zunächst zu verschieben.

Bombenleger Salomon freigelassen!

Die Telegraphen-Union meldet: In der Voruntersuchung wegen der Bombenanschläge hat der Untersuchungsrichter den gegen den Hauptschriftleiter Bruno von Salomon erlassenen Haftbefehl aufgehoben, da nach den neuesten Ermittlungen Verdunkelungsgefahr ausgeschlossen erscheint und nach Lage der Sache nicht mehr mit einer so hohen Strafe zu rechnen ist, daß Nachtverdacht begründet erscheint.

Es ist schwer, sich eine frechere Provokation der Arbeiterschaft vorzustellen, als es Zörgiebels IA und der „Untersuchungsrichter“ in diesem Fall durch die Haftentlassung zu tun gewagt hat. Die Berliner Arbeiterschaft wird den Herren beweisen, daß sie es nicht ruhig hinnimmt, wenn überführte faschistische Bombenattentäter freigelassen werden, während sie Redakteure der „Roten Fahne“ wegen „Fluchtverdachts“ festhalten, obwohl ihnen nichts anderes vorgeworfen wird als die Zeichnung von Zeitungsnummern zu einer Zeit, wo die Bombenleger in Freiheit, wo unzählige Proleten in den Kerker langsam hingemordet werden! Ein Protestkurm in den Betrieben muß den Faschistenführern in die Ohren gellen.

Arbeitertelegramm nicht befördert

Der Hamburger Berichterstatter der „Inprekorr“ hatte am 1. Februar auf dem Postamt einen Fallsachenbericht über die Demonstrationen in Hamburg ausgegeben. Das Telegramm wurde angenommen. Nach einigen Tagen erhielt der Genosse vom Postamt die Nachricht, daß das Telegramm auf höhere Weisung angehalten worden sei.

Diese Nichtbeförderung dieses Telegramms an eine Presseagentur ist bisher ein einzig dastehender Fall. Auf diese Weise versucht die herrschende Klasse ihr unangenehme Meldungen zu unterbinden.

Nazis bitten Zörgiebel die Erwerbslosen niederzuknuppeln

Ein Antrag der feigen Hakenkreuzpartei im Steglitzer Stadtparlament

In der Bezirksversammlung Steglitz brachten die Nationalsozialisten folgenden von dem Stadtratsmitglied Engel begründeten Antrag ein:

„Es ist wiederholt vorgekommen, daß Erwerbslose bei den Arbeitsämtern der Stadt belästigt und sogar tätlich angegriffen werden. In einer Reihe von Fällen war die Unsicherheit so groß, daß Erwerbslose an der Durchführung ihrer Stempelpflicht behindert wurden. Die nationalsozialistische Fraktion stellt daher den Antrag:

Die Bezirksversammlung wolle beschließen, der Magistrat Berlin wird ersucht, mit allen Mitteln auf die zuzuhaltenden Diensthelfer einzuwirken (!), daß die Sicherheit der einzelnen Erwerbslosen bei den Arbeitsämtern (Stempel-, Zahl- und Nachweisstellen) hergestellt und gegen

die ruhestörenden Elemente (!) mit aller Schärfe eingeschritten wird.“ (!)

Den Nazis scheint ja im roten Berlin nicht ganz wohl zumute zu sein. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß sich diese Heiden mit schlotternden Knien in den schühenden Schloß der Zörgiebel-Polizei flüchten?

Diese offene Aufforderung an die sozialfaschistische Polizei, die Erwerbslosen niederzuknuppeln, zeigt den wahren Charakter der Hakenkreuzler, die nur hinterlistige, feige Mordüberfälle wagen. Wir sind überzeugt, daß der Zörgiebel diesen Wind verstehen wird. Aber auch Schupoangebote, und mögen sie noch so groß sein, werden wie bisher nicht imstande sein, die Faschisten vor den Arbeiterkäufen zu schützen. Der Kampf ruft: „Gott mit diesem Gesindel von den Straßen des roten Berlin!“ gilt nach wie vor. Und so wird es auch bleiben.

Die getauften Nazi-„Befreier“ Südtirols

60000 Mark für „Konzessionen“ in der Südtiroler Frage an die Nazis überwiesen — Geldgeschenke an Rohbach

München, 6. Februar (Eigener Bericht). In dem Hitler-Prozess, der gegenwärtig in München stattfindet, über den wir bereits gestern kurz berichteten, wurden von den Zeugen außerordentlich für die Hitler-Partei und die Rohbach-Feme-Organisation bezeugende Aussagen gemacht, die beweisen, daß reichlich Gelder für den Hitler-Kauf aus italienischen faschistischen Kreisen geflossen sind. Die deutschen Faschisten überreichten entsprechende Aufträge durch Aufträge ihrer Agitation gegen die Bestimmung Südtirols. Die Aussagen waren so prägnant, daß Hitler es vorzog, den Prozess „verlagern“ zu lassen.

Der völkische Journalist Abel, jetzt Mitarbeiter beim „Völkischen Orden“, früher engerer Vertrauter Hitlers in München hat unter Eid nichts weniger bezeugt, als daß Ende 1923 eine Zusammenkunft zwischen Hauptmann Migliorati als Vertreter Mussolinis und Hitler stattgefunden habe, in der den deutschen Faschisten größere Geldsummen unter der Bedingung angeboten wurden, daß sie ihre Opposition gegen den Faschismus in Südtirol aufgeben.

10000 Mark seien dem auch sofort durch Migliorati überwiesen worden und später durch die Nachrichtenstelle König weitere 50000 Mark.

Abel erhielt den Auftrag, daß Sitzungsprotokoll an die völkischen Verbindungsleute weiterzuleiten. In diesem Protokoll ist den Zeugenaussagen zufolge nachstehender Passus enthalten:

„Die Liga des italienischen Faschismus hat Interesse an deutschen Faschismus, und sei bereit, ihm mit Gel-

dern und Waffenhilfe beizustehen. Bedingungen seien, Konzessionen in der Südtiroler Frage und mit diesen Konzessionen seien die an der Unterredung beteiligten Herren einverstanden.“ (!)

Der Verteidiger des von Hitler belangten Majors v. Graefe stellte eine Reihe von Beweisfragen über die Tätigkeit Miglioratis bei der Vorbereitung des Hitler-Putsch. Er will auch beweisen, daß der nationalsozialistische Hauptmann Göring nach dem Putsch nach Mailand geflohen sei und dann als Verbindungsmann zwischen den italienischen Faschisten und den deutschen Nationalsozialisten tätig war. Durch ihn sollen auch Geldüberweisungen an die Hakenkreuzler übermittelt worden sein. Nicht weniger bemerkenswert sind die von Abel eidläh gemachten Mitteilungen, daß der berüchtigte Rohbach in enger Verbindung mit Migliorati stand und gleichfalls größere Geldsummen erhielt.

Das Münchener Gericht sprang in die Scharte und beschloß, dem Wunsche Hitlers gemäß, den Prozess vorläufig zu vertagen. Hitler will eine ganze Reihe von Zeugen laden, u. a. Vadenborn, Seines, Göring, Rohbach, König, den italienischen Agenten Besseri und andere notorische Faschistenhänflinge. Inzwischen werden hinter den Kulissen fieberhafte Anstrengungen gemacht, um einen Vergleich zwischen Hitler und dem Hauptangeklagten v. Graefe-Goldebeck zustande zu bringen, damit nicht noch mehr von den Machinationen und Korruptionen der deutschen und italienischen Faschisten ans Tageslicht komme.

Für die Arbeiterschaft ist dieser Prozess wieder einmal ein schlagender Beweis der Verlogenheit der „vaterländischen“ Agitation der vom internationalen Kapital getauften Hakenkreuzbewegung.

Waldenburger Bergland Die schlesischen Bauarbeiter und der Bezirkskongress der Gewerkschaftsopposition

Der Bauarbeiter De. schreibt: Tausende schlesischer Bauarbeiter haben jetzt in den Wintermonaten Zeit, über die „Ergänzungen“ der freilestenden Republik und den versprochenen Aufstieg durch die Wirtschaftsdemokratie nachzudenken. Rund 26 Prozent der schlesischen Bauarbeiter haben im Jahre 1929 nicht die zur Unterhaltung notwendigen 26 Wochen aufgebracht, Tausende Bauarbeiter sind heute schon, im Januar 1930, ausgesteuert und der Unterstützung beraubt.

Was tat und tut die Bezirksleitung des Baugewerksbundes?
Die Namen Köhler, Schmidt, Meise usw. sind uns keine Unbekannten. Die fast fieberhaft vorgenommene Aushebung der Funktionäre in allen Bahnhöfen, die Nichtbestätigung der Waldenburger oppositionellen Bahnhöfenleitung, die bekannten Breslauer Vorfälle schufen der Bezirksleitung eine getreue Abstimmungsmaschine. Ob es Herr Scherz, Dlegnitsch oder Brandt-Bunzlau oder John-Reichenbach ist, immer haben sie als typische getreue Lakaien des Reformismus gehandelt.

Kammer werden wir schlesischen Bauarbeiter die Zustimmung zum Reichstaxi im Jahre 1929 vergessen! Nie vergessen, daß, trotz dem ganze Bahnhöfen mit Tausenden von Mitgliedern gegen den Vertrag waren und Ihren Delegierten bindende Beschlüsse mitgaben, die reformistische Einseitigkeit es zur „einstimmigen“ Annahme brachte.

Heute ist das Chaos da. Es ist Tatsache, daß von rund 20 000 Exp- und Tiefbauarbeitern in Schlessen und Oberschlessen noch nicht mal der geführte Teil organisiert ist. (Vergleiche die Wahlen zum letzten Bundestag!) Wenn auch in den besserbedachten anderen Industriegruppen das Verhältnis besser ist, so wissen wir doch, daß Tausende schlesische Bauarbeiter heute nicht mehr organisiert sind.

Warum traten die Kollegen aus?
In Schlessen wird der niedrigste Bauarbeiterlohn vom ganzen Reich gezahlt.

Reichsbuchschnitt Maurer 1,30 Ml. — Schlessen Prov. 0,92 Ml.
Reichsbuchschnitt Erbarbeiter 1,00 Ml. — Schlessen Prov. 0,73 Ml.

In vielen Kreisen, oft mit sozialdemokratischer Mehrheit, wurde fast die gesamte Bautätigkeit stillgelegt.

Alle Lohnabkommen brachten dank reformistischer Demagogie nur Pfennige, also in Wirklichkeit Verschlechterungen.

Und alles dies im Zeichen der Wirtschaftsdemokratie. Dazu der Schaden, der durch das elende Versagen der Reformisten entstehenden wilden Alfordkolonnen.

O, wie große Töne sprach man vor dem Abschluß der Tarife, und kniff dann feige vor der Empörung der Mitglieder. Erbittert traten Hunderte Kollegen aus, weitere Hunderte kamen höchstens im ganzen Jahr nur für mehrere Wochen Notstandsarbeit in Frage.

Ein besonderes Kapitel sind die Stände in den schlesischen Bauhütten, Antzeiberei — Alker Alford — Gelage mit Unternehmern sind da an der Tagesordnung.

Kollegen, heraus aus der Verbitterung!!!
Wir schlesischen Bauarbeiter haben schon mehrmals bewiesen, daß wir kämpfen können und wollen. Nehmt euch ein Beispiel an den Landeshüter Kollegen. Jagt die reformistischen Lakaien in den jetzt stattfindenden Generalversammlungen zum Teufel!

Auch der letzte Mann muß für die kommenden Kämpfe im Frühjahr interessiert werden. **Alle Mann an Bord! Trotz Meise, Köhler, Schmidt usw. Ja, tropalleben! Der Bezirkskongress der Gewerkschaftsopposition wird uns den Weg zeigen.**

Wenn wir auch jetzt keine Delegationsversammlungen abhalten können, fest steht, daß ein Teil der erwerbslosen Delegierten Bauarbeiter sind.

Protestiert gegen die Massenausflüsse des Bundesvorstandes, gegen die Auflösung der Zahlreiche Weisensels! Erklärt euch solidarisch mit dem Kampf der Streikender Eisenarbeiter! Fordert Bestimmungsberechtigung der Mitglieder! Vom Bezirkskongress hoffen wir gute und tatkräftige Arbeit im revolutionären Sinne

zur Bildung der einheitlichen Kampffront aller baugewerblichen Arbeiter!

Gegen Wirtschaftsdemokratie, Erwerbsloseneind, Wohnungsnot! Gegen Polizeiterror und Ausnahmegeetze! Für die Revolution!

Für den machtvollen Kampf der schlesischen Arbeiterschaft gegen National- und Sozialfaschismus!

Es sind ja „nur“ Erwerbslose

Ein Erwerbsloser aus Liebhau schreibt uns: Jeden Freitag, bei Auszahlung der Hungerpfennige, wendet man andere Methoden an, nicht etwa, um die Erwerbslosen schneller abzufertigen. Jedemal dauert es länger und die Erwerbslosen müssen auf der Straße stehen und frieren, denn ein Aufenthaltstraum ist nicht vorhanden, und im Hausflur soll sich niemand aufhalten. Bei einer der letzten

Auszahlungen waren zwei „Herren“ vom Waldenburger Arbeiternachweis erschienen, natürlich nicht, um zu helfen. Als die Erwerbslosen wegen des langen Wartens protestierten, erklärte der eine „Herr“ aus Waldenburg: „Wenn es nicht gefällt, der laucht ja nicht herzukommen.“ Es wurde ihm allerdings die gebührende Antwort erteilt. Darauf zog er es vor, schnell ins Zimmer zu verschwinden, um mit den Arbeiterhäuten nicht Bekanntschaft zu machen.

Heute in Altwasser

22.2. Umgebungs um 18.30 Uhr, im „Weißen Hof“. Wertstoffe, erscheint reiflos!

Weißein. Arbeitersport. Für Sonntag, den 9. Februar, haben sich Waldenburgs Sportfreunde mit fünf Mannschaften nach Weißein verpflichtet. Die Spiele werden aufgetragen von 9—17 Uhr. Die diesmalige Monatsversammlung findet um 17.30 Uhr in der „Schönen Aussicht“ statt. Vorstandssitzung eine Stunde vorher.

— **Heute ins „Deutsche Haus“.** Der Verband für Freiberufung und Feuerbestattung gibt bekannt: Am 7. Februar, um 19.30 Uhr, im „Deutschen Haus“ singt unter anderem der Meinesche Männerchor, Mitglied des DKS, Werte von Uthmann. Der Ura-Kofaten-Chor singt „Die Wolfgasthörer“ und „Das sibirische Strahlungslied“; das Londoner und Philadelphia-Sinfonie-Orchester spielen Beethoven, Tschaikowsky, Bach; das russische Balalaika-Orchester „Jaska“ bringt Freiheits- und Kampflieder. Bieler und Weinert regieren Erntes und Heiteres. B. A. A. A. A. leitet die Veranstaltung. (Siehe Inserat.)

Nieder-Salzbrunn. Die Generalversammlung des Verbandes für Freiberufung und Feuerbestattung findet am 8. Februar im Gasthof „Zum Viehtrieb“, um 19.30 Uhr, statt.

Liebau

— Sie demaskieren sich. Vor einigen Tagen fand eine Erwerbslosenversammlung statt, in der die Erwerbslosen scharf gegen die Abhaltung der Versammlung in dem Lokal des Volksbegehrers protestierten. Unter anderem wurde ein Antrag auf Entsendung einer Delegation zum schlesischen Bezirkskongress der Opposition gestellt. Der rechte Renegat Streckler erklärte, der Kongress habe für die Arbeiterschaft keine Bedeutung, da dort „Parteilichkeit getrieben“ werde. So entpuppen sich diese Leute immer mehr und mehr als die treuesten Verbündeten der Sozialfaschisten. Der Sozialfaschist und Weltretter Sturival erklärte in einem Gespräch, mit unseren Genossen, man müsse alle Kommunisten in Zuchthäuser stecken. Auch war er der Auffassung, daß die bisher von der Polizei ergriffenen Maßnahmen gegen die Arbeiter unzulänglich seien. Erst sozialfaschistisch! Na, wir glauben nicht, daß Sturival noch lang weiltreffen und drohen wird.

„Der stille Don“

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien

Kosakenroman von Michael Scholochow

„Dampft, Prolojewitsch?“ schrie ihm Chistonja, der auf einem Wagen vorbeifuhr, zu.

„Ganz naß bin ich!“ Prolojewitsch machte eine müde Handbewegung, wuschte sich mit dem Hemd den feuchten Bauch ab und humpelte weiter.

„Pietro, mach Schutz!“ rief Darja.

„Ich möchte bis zur Furche dort kommen...“

„Warten wir, bis die Hitze nachläßt, ich kann nicht weiter!“

Natalja hielt die Pferde an, leuchtete, als zöge sie und nicht die Pferde die Mähmaschine. Darja kam ihnen langsam über den Ader entgegen.

„Petjuscha, hier ist doch ein Leich in der Nähe.“

„In der Nähe“ Es sind gute drei Werst bis dorthin.“

„Man sollte baden...“

„Bis wir hinkommen, sind wir vor Hitze zerflossen...“

„Wir müssen doch nicht gehen, spannen wir die Pferde aus und reiten wir hin.“

Pietro sah sich ängstlich nach dem Vater um, der sich bei einem Haufen Getreide zu schaffen machte.

„Spannt aus, Frauenzimmer!“

Darja löste den Strangriemen los und sprang geschickt auf die Stute. Natalja kränzelte die zerflossenen Lippen in einem Lächeln, führte das Pferd zur Mähmaschine und wollte vom Kutschbod aus auf das Pferd steigen.

„Gib den Fuß.“ Pietro hob sie dienstbereit in die Höhe. Darja, die wie entblößt, das Tuch bis in den Nacken gerückt, galoppierte ihnen daran. Sie sah wie ein Kofak auf dem Pferde, und Pietro konnte sich nicht zurückhalten, ihr nachzurufen:

„He, paß auf, rutschst hinunter!“

„Hab keine Angst!“ schrie Darja zurück.

Sie überquerten den Sommerweg. Pietro sah sich nach links um. Ganz weit, in der Ferne, auf dem grauen Rücken der Landschaft bewegte sich rasch ein staubiger Fleck, der ständig die Form wechselte.

„Ein Reiter galoppiert! Schau mal, wie er den Staub aufwirbelt!“ sagte Natalja erstaunt.

„Was kann das wohl bedeuten, Dschaka?“ schrie Pietro seiner vorn galoppierenden Frau zu, „wart einmal, schauen wir, was da los ist.“

Der Staubfleck fiel in eine Schlucht, tauchte aber wieder in vergrößertem Umfang auf.

Durch den Staub sah man die Gestalt eines Reiters. In fünf Minuten sah man deutlicher. Pietro schaute scharf hin.

„Er reitet das Pferd laputt...“

Pietro nahm stiermüde den Strohhut vom Kopf, eine Unruhe ging über sein Gesicht, erstarrte zwischen den hochgezogenen Brauen.

Jetzt war der Reiter schon deutlich sichtbar. Er galoppierte wie rasend, mit der linken Hand hielt er die Mähse fest, in der rechten wehte eine verstaubte rote Fahne.

Er galoppierte so nahe an Pietro vorbei, daß das Schnauben des Pferdes zu hören war und schrie, seinen grauen Mund weit aufreißend:

„Alarm!“

Auf die Spur, die die Hufe seines Pferdes hinterließen, fiel ein Regen gelblichen Schaumes. Pietro begleitete mit den Blicken den Reiter. Eines blieb nur in seinem Gedächtnis: das dumpfe Schnauben des halb zu Tode geschlagenen Pferdes und, als er ihm nachgesehen hatte — die nasse, wie eine Stahlklinge unerbittlich glänzende Fronte des schäumenden Tieres.

Dhne sich des nahenden Unglücks bewußt zu werden, sah Pietro bumpf den auf dem Sand zitternden Schaumfetzen an, sah auf die

Steppe, die den welligen Hügel entlang zum Dorf kroch. Von allen Seiten galoppierten Kofaten über die gelben abgemähnten Feldstrecken dem Dorfe zu. Von der Steppe bis zu dem in gelblich-gelblich-schilfartigen Dunst eingewickelten Hügel wirbelten einzelne Staubjeden auf, und dort, wo sie, die Landstraße erreichend, in dichter Masse ritten, sah sich ein grauer, langer, dicker Staubfleck durch die Luft. Die Kofaten, die noch Reiter waren, ließen die Arbeit stehen, spannten die Pferde aus den Mähmaschinen und ritten dem Dorfe zu. Pietro sah, wie Chistonja sein Pferd ausspannte und im Galopp davonstürmte.

„Was ist los?“ höhnte Natalja auf und sah Pietro erschrocken an. Ihr Blick, der Blick eines angeschossenen Hasen, brachte Pietro zu sich. Er ritt zu ihrem Feldlager, sprang vom Pferd, zog rasch die in der Hitze der Arbeit abgestreifte Hose an, winkte dem Vater mit der Hand und verschwand in den grauen Staubwölkchen, die wie Sommerpfaffen die vor Hitze lechzende Steppe bedeckten.

Auf dem Dorfplatz drängte sich eine graue Masse. Pferde, Kofatenausstattungen, Uniformen mit verschiedenen Zahlen auf den Hüftstücken. Einen Kopf größer als die Infanteriekofaten — wie holländische Gänse zwischen Kleingeflügel — schlenderten Kavalleriekofaten in hellblauen Mägen umher.

Die Schenke ist geschlossen. Der Gendarmereoffizier ist düster und voller Sorgen. Die Säule entlang gehen auf den Straßen festlich gekleidete Frauen. Ein Wort tönt immer wieder durch die vielgestaltige Masse: „Mobilmachung“. Erhigte, trunelene Gesichtser. Die Unruhe überträgt sich auf die Pferde, ein zorniges Wiehern und Schnauben ertönt zwischen ihnen. Dichter Staub hängt tief über dem Platz. Auf der Erde liegen leere Schnapflaschen, Papierhüllen von billigen Bonbons.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Inhalt und Beilagen Alfred Thomas, Breslau; für Waldenburg und Beilagen: Betrieb und Gewerkschaft Wilhelm Stewath, Breslau; für Oberschlessen: Fritz Gendrosch, Gleiwitz.

„Gildehof“ in ALLER Munde

Mit Genugtuung stellen wir fest: „Gildehof“ hat die Raucher und uns nicht enttäuscht. „Gildehof“ gewann unserem Hause viele neue Freunde. „Gildehof“ wirbt nicht mit Worten. „Gildehof“ 54 wirbt durch höchste Qualität.

Darum: „Gildehof“ in aller Munde!

Haus Bergmann Zigarettenfabrik A-G / Dresden-N

Rund um den Erdball

Gelaufte Geständnisse gelten — private Briefe werden beschlagnahmt

Die Staatsanwaltschaft in Kulmbach versucht neuerdings die Kritik an ihrem skandalösen Verhalten zu unterbinden

Russisch-deutsch-polnische Eisenbahnkonferenz. Zur Regelung von Eisenbahnverkehrsfragen treten Vertreter Deutschlands, Polens und Sowjetrußlands zu mehrtägigen Beratungen zusammen.

Der neue amerikanische Botschafter, Frederick M. Sackett, ist in Berlin eingetroffen. Sackett ist ein bedingungsloser Vertreter des Hoover-Kurses.

„5000 Mark, . . . sobald Sie sich verurteilen lassen . . .“

Wir bestätigen hiermit, daß wir von Herrn Brauereidirektor Wilhelm Meußdörfer den unveräußerlichen Auftrag erhalten haben, an Frau Babette Schubert in Kulmbach, Oberhofen 9, 6000 Reichsmark auszuführen unter nachstehenden Bedingungen:

1000 Reichsmark sofort, sobald ihr Mann, Fritz Schubert, über seine Täterschaft in der Nacht vom 4. auf den 5. November 1929 bezüglich des Ablebens der Frau Margarete Meußdörfer ein Geständnis abgelegt hat.

Die restlichen 5000 Mark werden der Frau Schubert ausbezahlt, sobald die Täterschaft des Fritz Schubert durch Urteil des Gerichts festgestellt ist.

Kulmbach, 29. Januar 1930.

Bayreuther Vereinsbank
(Zentrale Kulmbach)
und zwei unleserliche Unterschriften.

Ein durch die Gefängniszensur gegangener Brief beschlagnahmt!

Die „Frankfurter Volkstribüne“ berichtet zum Fall Meußdörfer, gestern früh sei der Bruder des verhafteten Fritz Schubert in ihrer Redaktion gewesen und habe mitgeteilt, daß er einen Brief seines Bruders vom 19. Januar aus der Straf-anstalt besitze, in dem dieser schreibe, daß er nicht als Mörder der Frau Kommerzienrat Meußdörfer in Betracht komme. Er habe sich nur der Täterschaft bezichtigt, um in den Besitz der ausgesetzten Belohnung von 6000 Mark zu gelangen. Als der Bruder des Schubert und dessen Schwester nach Bayreuth kamen,

Habeamus papem!

Die „Königin“ der Modesege ist gewählt

Im Festsaal der Pariser Zeitung „Le Journal“ fand am Mittwochabend die Wahl der Schönheitskönigin von Europa statt, die aus den in Paris anwesenden Schönheitsköniginnen von 19 Nationen erkoren werden mußte. Die Jury, die sich ebenfalls aus 19 Nationalitäten, darunter Malern und Bildhauern, zu-



sammensetzung, nahm die Vertreterinnen Griechenlands, Belgiens, Dänemarks und Frankreichs in die engere Wahl. Nach über dreißigstündiger Beratung wurde „Miss Griechenland“ zur Schönheitskönigin von Europa bestimmt. Miss Europa, Fräulein Alice Diplaraton, ist 18 Jahre alt und in Sparta als Tochter eines Rechtsanwalts geboren.

um der „Volkstribüne“ den Brief zu übergeben, wurden sie, wie das Blatt berichtet, am Bahnhof von den Behörden in Empfang genommen und verhört, wobei der Untersuchungsrichter den Brief in Empfang nahm.

Später wurde der Bruder Fritz Schubert im Gefängnis gegenübergestellt, wobei er ihn auf das unsinnige Tun, sich selbst einer Tat zu bezichtigen, hinwies. Fritz Schubert blieb aber dabei, daß er der Täter sei, nur stellte er in Abrede, den Tod der Frau Meußdörfer herbeigeführt zu haben. Das Blatt veröffentlicht den Brief Schuberts an seine Frau, der ihm vom Untersuchungsrichter in der Abschrift ausgehändigt wurde. In dem Briefe, der einen Einblick in Schuberts Charakter gibt, heißt es bezüglich des Falles Meußdörfer:

„Ich möchte nur wissen und kann nicht klug werden aus den Geschichten, welche beide, Schneider und Popp, mir anheken. Nur zwei Auslagen stimmen so ungefähr, wenn sie auch ver-dreht sind. Liebe Frau, kannst mir glauben, ich habe nichts damit zu schaffen. Sollten die Kulmbacher wieder einen Vöden-büßer suchen? Sie haben es zweimal fertiggebracht, oder haben sie sich zusammengetan, um eine Belohnung zu erhalten? Zuzu-trauen ist diesem Judas von Schneider alles. Er hat es ja schon öfter bewiesen.“

Schubert soll in der Mordnacht zu Hause gewesen sein und gegen 11 Uhr nachts sich von seiner Wohnung aus mit Leuten auf der Straße unterhalten haben, während der ebenfalls in die Angelegenheit Meußdörfer verwickelte Popp sich in einer nationalsozialistischen Versammlung befunden haben soll. Untersuchungsbehörden und Presse sind angestrengt tätig, um Zeugen für die Angaben zu erhalten.

„Unregelmäßigkeiten“

Jahrelange Veruntreuungen bei Gemeindefasse

Mitte Januar erlitt Direktor van der Meulen, der seit 1906 in der Gemeindefasse Kavelaer beschäftigt und seit 1917 Leiter der Kasse ist, einen Nervenzusammenbruch. Durch eine Revision der Kasse wurden jetzt Unregelmäßigkeiten festgestellt, die bis auf die Inflationszeit zurückreichen. Nach den bisherigen Ermittlungen ist in der Kasse ein Fehlbetrag von insgesamt 30 000 bis 35 000 Mark festgestellt worden.

Wenn Proleten oder werktätige Bauern mal nicht schnell genug Steuern zahlen, wartet man nicht jahrelang mit einer Revision! Auch dürfte einem Arbeiter in solchem Falle kein Nervenzusammenbruch etwas nützen. Aber ein Herr Direktor! Und gar ein „von“ . . .

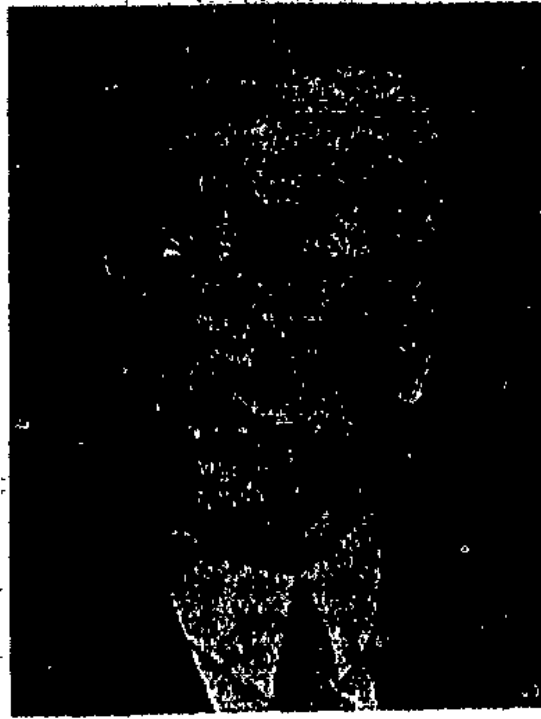
Ganz wie bei uns!

Auch in London werden Bombenleger freigelassen

Der 24jährige Rechtsanwaltsgehilfe Frank Biggs, der die am 1. Februar im British Museum niedergelegte Bombe gefunden und später eingestanden hatte, daß er sie selbst dorthin gebracht hatte, erschien vor dem Londoner Polizeigericht. Die Angelegenheit wurde vertagt und Biggs gegen Kaution ein-stweilen in Freiheit gesetzt.

Furchtbare Explosion in Drahtwerken — Sieben Arbeiter schwer verletzt

Donnerstag vormittag ereignete sich in der Schlosserei der Österreichischen Drahtindustrie in Wien ein furchtbares Explosionsunglück. Die Explosion, die dadurch entstand, daß eine Sauerstofflampe durch Rutschschlag in die Luft flog, hatte schreckliche Folgen. Das ganze Gebäude der Schlosserei stürzte ein und begrub zehn Arbeiter unter den Trümmern. Unter aufopferungsvoller Arbeit gelang es der Rettungs-gesellschaft und der Feuerwehr, die verbliebenen Arbeiter zu bergen. Sieben von ihnen haben schwere Verletzungen erlitten.



Der mexikanische Staatspräsident Ortiz Rubio ist einem Revolverattentat zum Opfer gefallen, das zeigt, daß auch in Amerika die „Ruhe und Ordnung“ nur sehr relativ und die Gegensätze sehr groß sind

Ein Sommerfrüh für den Papst

Am Mittwoch wurde in Rom der Vertrag unterzeichnet, auf Grund dessen die Villa Barberini in Castell Gandolfo bei Rom, die bis 1870 als Sommerfrüh der Päpste gedient hat, wieder in den Besitz des Heiligen Stuhles übergeht, wie dies in den Lateranverträgen vorgesehen ist. — Was der Mensch braucht, muß er haben! —

Ein italienischer Vulkan in Tätigkeit

Wie die römischen Blätter melden, ist der Stromboli auf den Libertischen Inseln wieder in Tätigkeit getreten. Aus der Krateröffnung der Selara steigen dicke schwarze Rauchwolken auf. Ein Regen von glühender Asche ging in der Umgebung des Vulkans nieder, dauerte aber glücklicherweise nur eine Viertelstunde. In der vergangenen Nacht bot der Krater das Bild eines rotleuchtenden Regels, und sein unterirdisches Rollen war weithin vernehmbar.

Schwere Stürme auf dem Atlantik

Der mit drei Tagen Verspätung in Halifax eingetroffene holländische Amerikadampfer „Beendam“ berichtet von schweren Stürmen auf dem Atlantik. Der Sturm war zeitweise so stark, daß das Schiff innerhalb weniger Stunden mit 60 Seemeilen von seinem Kurs abgetrieben wurde. Die „Beendam“ erlitt schwere Beschädigungen an der Kommandobrücke und Kapitänstabi-ne. Mehrere Mann der Besatzung erlitten Verletzungen.

Chicago ist pleite!

Aus Chicago, wo infolge der bekannten Zerrüttung der städtischen Vermögensverwaltung besonders das Schulwesen in arge Bedrängnis gekommen ist, wird gemeldet, daß sich der Leiter des städtischen Schulamts, Caldwell, nach Newport auf den Weg gemacht habe, um zu versuchen, einen Betrag von 48 Millionen Dollar fälliger, aber noch nicht eingegangener Steuerguthaben der Stadt zu verpfänden. Auf diese Weise will die Stadt sich für eine Weile über Wasser halten. Die Stadt verfügt über 124 Millionen Dollar derzeitiger Steuerguthaben, aber, fügt die Meldung lakonisch hinzu: es hätten sich bisher noch keine Kauf-lustigen dafür gefunden.

Neue Todesopfer der Polarflüge?

Seit sieben Tagen ist es nicht möglich, eine Verbindung zwischen dem Hauptexpeditionsschiff „Melville“ der Wilkinschen Südpolexpedition und dem kleinen Dampfer „William Scoresby“, auf dem Wilkins südlich der Deceptioninsel weiter zum Pol vordringen wollte, herzustellen. In amerikanischen Kreisen herrscht über das Schicksal Wilkins' und seiner Gefährten große Besorgnis.

Amerikanische Flieger tot

Die sowjetrussische Antarktische Regierungskommission erhielt vom Kapitän des nahe dem Nordpol überwinterten Sowjet-schiffs „Stawropol“ einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß gemeinsame Flüge russischer und amerikanischer Flieger zum Absturzte Giffons endgültig die Ursache des Todes Giffons und Borlands ergeben haben. Die Lage des abgestürzten Flug-zeugs läßt keinen Zweifel am Tode der Flieger. Hierüber ist gemeinsam mit den amerikanischen Fliegern ein offizieller Be-richt aufgesetzt worden. Ausgrabungen zur Bergung der Leichen sind im Gange.



Der Oberbürgermeister erklärt: „Wir haben keine Selbstverwaltung mehr“

Riefenentlassungen in Breslauer Betrieben

Die Kapitalisten und ihre Lakaien heucheln Protest — Die Pflichtarbeit bleibt

Breslau, 7. Februar.

In fast jeder Sitzung der Stadtverordneten, selbst der mit der anscheinend harmlosesten Tagesordnung, kommt es jetzt zu politisch auferordentlich wichtigen Zwischenfällen, Erklärungen, Diskussionen usw. Ob es die Bürger und die SPD. wollen oder nicht, — die gegenwärtigen Beschlüsse stellen eine solche Anzahl Fragen zur Debatte, daß es ihnen nicht immer gelingt, diese für sie äußerst unangenehmen Tatsachen durch Stillschweigen zu umgehen.

Auch die gestrige Sitzung brachte in dieser Hinsicht einige bemerkenswerte Dinge zu Tage. Zuerst war es wieder einmal der Oberbürgermeister Dr. Wagner — dem manchmal ungewollt die wertvollsten Eingangsbeiträge entfließen —, der bei der Vereidigung der 18 neu gewählten und vereidigten Stadträte erklärte:

„Die Selbstverwaltung der Städte besteht eigentlich nicht mehr.“

Darob politisches Betreten bei den Koalitionsparteien, und Herr Wagner wird sicher noch manchen Vorwurf wegen seiner „Offenheit“ zu hören bekommen, denn er hat damit die kommunistischen Hinweise, daß zur Durchführung des Young-Planes die Aufhebung der Selbstverwaltung der Gemeinden gehört, ausbrütet.

Von Wichtigkeit waren dann noch zwei Punkte: Der kommunistische Antrag auf Abschaffung der Pflichtarbeit der Erwerbslosen und Begleichung der Beschäftigten nach dem Tarif sowie auf Befreiung der Witwenstandarbeiter. Der Ausschuss, in den dieser Antrag verwiesen worden war, verlangte seine Ablehnung, eine Forderung, die von Dr. Wolf provokatorisch damit begründet wurde, daß Pflichtarbeit notwendig sei, weil es unter den Erwerbslosen viele Arbeitslose gebe.

Bezeichnend, daß er sich dabei auf den von der kommunistischen Fraktion als Abfall an die SPD. abgegebenen Stadtrat Amorn, dessen Eintreten für die Pflichtarbeit ausdrücklich betont wurde, berief. (Ein neuer Beweis, wie notwendig die Ausschreibung dieses Mannes war.) Nachdem Tisch (SPD.) — der als früherer Stadtrat eigentlich Urheber der Pflichtarbeit in Breslau — noch einen Wierdank um die Pflichtarbeit ausgesprochen und dabei beantragt hatte, die Pflichtarbeitsstellen von gegenwärtig ungefähr 250 auf 100 herabzusetzen und dafür 100 neue Fürsorgearbeiterstellen zu schaffen, sprach Genosse Zilla, der den Ausführungen des Zentrums-Vollses scharf entgegen trat. Es ist nicht so, daß zur Pflichtarbeit nur sogenannte „Körperliche Arbeiter“ oder „Trinker“ genommen werden; man greife vielmehr wohllos die Arbeiter heraus, um sie für Unterbringung möglichst 20 Pfg. Stundenlohn schwer schufen zu lassen. Unerhört sei die Ablehnung des Wahses des kommunistischen Antrages, der die bessere Beschaffung der Witwenstandarbeiter fordere. Der Magistrat habe eine Ausregelung einbringen lassen, die zwar den derzeitigen Witwenstandarbeitern etwas mehr Lohn bringe, dafür aber die unverschämten noch schlechter als vorher stelle. — Einen unerhört brutalen Ton schlug dann Stadtrat Elgner, der „Wohlfahrt“ deklamiert an. Er ist gewissermaßen die Verkörperung der brutalen Abdrückung aller Sozialfürsorge, wie sie ebenfalls im Zeichen des Young-Plans bereits vor sich geht und in Zukunft noch weiter getrieben werden wird. Er hatte die Stirn zu erklären, daß ein Arbeiter bei dem Stundenlohn von 20 Pfg. für Pflichtarbeiter „bei beschiedenen Ansprüchen durchaus auskommen könne.“

Dasselbe behauptete er von den Wohlfahrtsarbeitern. Im übrigen stellte er natürlich der Wohlfahrtspflege das glänzendste Zeugnis aus, so daß man einfach nicht verstand, weshalb Elgner nicht sein Stadtratssitzen mit dem eines ausgeübten Erwerbslosen vertauscht. Genosse Adelt knipste sich diesen Herrn ordentlich vor. Er nannte die Pflichtarbeit eine Ausbeutung schlimmster Art. Es sei nicht so, wie Elgner behauptet habe, daß es Kasse und Kleidung für die Pflichtarbeiter, die zum Teil in Kasernen und Messelwitz arbeiten und Stunden gebrauchen, um an ihre Arbeitsstelle zu kommen, gebe. In den Arbeitsstellen fehlen die einfachsten hygienischen Einrichtungen. Es sind Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Die Pflichtarbeit wird als Zuschussarbeit betrachtet. Im übrigen lade er Dr. Wolf ein, in die Freitag stattfindende Pflichtarbeiterversammlung zu kommen und dort seinen Standpunkt zu vertreten. (Derr Wolf wurde bei dieser Einladung gleich.)

Während der Rede des Genossen Adelt war es zu kühnen Zuhörerzustimmungen der Tribünenbesucher gekommen.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische. Das Zentrum gab hierbei den Ausschlag. Seine „Arbeitervertreter“, die Rabus, Daumann und Co., die als „Christliche Gewerkschafter“ bei den Schwarzröden sitzen, gestimmt wurde nur dem Abschritt, den weit draußen arbeitenden Pflichtarbeitern Sachgelegenheit zu stellen.

Den Beschluß der Sitzung bildete ein mehrstündiges Beschlagen über Breslaus schlechte wirtschaftliche Lage.

Salpans will schließen, Linke-Gosmann legt seinen Lokomotivbau für, Gleiches Erben, Meinede und Dorndorf planen Massenentlassungen oder nehmen sie bereits vor.

Ein Grund für die Sozialdemokraten, sich zum Reiter Breslaus aufzuschwingen und folgende Entscheidung einzubringen:

„Die kühnsten Körperkassen erlauben Reichs- und Landesregierung, alle zur Verfügung stehenden Drogenmittel anzuwenden, um der Schließung der großen Industriewerke in Breslau entgegenzuwirken. Wesentliche Aufträge und Feuerliche Vergünstigungen

müssen davon abhängig gemacht werden, daß Breslauer Betriebsangehörige nicht arbeitslos gemacht werden.“

Eine nach der anderen marschierten die einzelnen Parteien auf. Sie bejammerten demagogisch die gegenwärtig schwere Krise der Stadt (für die sie voll verantwortlich sind), — aber keiner wußte einen Ausweg zu zeigen. Der Oberbürgermeister kommentierte am meisten und empfahl als Mittel — die Hoffnung, daß es besser wird. Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Gahr. Er dramatisierte die Geschichte der Bürgerlichen an, die hier eine „Protestaktion“ mimen und in deren Reihen diejenigen sitzen, die die Betriebe schließen. Mit altem Hochdruck erklärte er, daß die Annahme der Entlassung nicht an den Zukünftigen hängen werde.

Wie der Staat seine Verpflichtung zu helfen aufhabe, das beweihe das Angebot an Breslau, 20 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen unter der Bedingung, daß die stillstehenden Betriebe in eine Gesellschaft umgewandelt werden. Eine wirkliche Veränderung der Verhältnisse könne erst eintreten, wenn die Arbeiter die Betriebe selbst in die Hand nehmen.

Möchten auch bei diesen Worten die Kapitalisten brüllen, ihre Richtigkeit kann dadurch nicht bestritten werden. Gerade die gegenwärtige Zeit mit ihrem furchtbaren Massenelend, mit ihren Millionen Erwerbslosen bei gleichzeitigem Schlemmerleben der besitzenden Klasse, der verächtliche Drang zu weiterer Nationalisierung, und damit noch größerem Elend, ebenso wie die schon oben angeführten Folgen auch eine Konsequenz des Young-Planes, zeigen die proletarische Revolution als den einzigen Ausweg. Die Abwehrfront gegen die Massenentlassungen zu organisieren, ist eine der Aufgaben des morgigen Oppositionskongresses.

Der Leidensweg eines entlassenen Strafgefangenen

Von der „Wohlfahrt“ im Stich gelassen — schließlich wieder im Gefängnis gelandet

Wir erhalten von dem Arbeiter H. A., Fürstentrasse wohnhaft, nachfolgende Schilderung seines persönlichen Erlebens, die wir ohne wesentliche Änderungen zum Abdruck bringen, weil sie so am Nachvollziehbarsten wirkt und jeden Kommentar überflüssig macht.

Ich wurde im Dezember vorigen Jahres nach einer vierjährigen Strafe in Freiheit gesetzt. Dabei wurde mir aus Herz gelegt, nicht mehr dieses Haus zu betreten. Das war vielleicht ganz gut gemeint; besser wäre es aber gewesen, daß sie mir statt der „trostbringenden Worte“ Arbeit verschafft hätten.

Ich muß einmal meinen Lebensweg schildern. Das erste war nach meiner Freilassung, daß ich mich bei dem Wohlfahrtsamt anmeldete. Aber ich hatte mich getäuscht, als ich glaubte, dort etwas zu erhalten. Ich habe mehrere Gesuche gemacht, aber alles war vergebens. Eines Tages endlich erhielt ich eine Vorladung nach dem Ritterplatz, und dort wurde mir eine Arbeit zugewiesen, mit einem Lohn von ganzen 12,50 Mark, wovon ich schon 4,50 Mark Rente pro Woche zahlen muß. Wo bleibt dann bloß die Kleidung? Ich bin mit einem Anzug aus der Umkleekabine entlassen worden, der in den vier Jahren durch und durch von Motten gefressen war. Der Anzug sieht aus wie ein Fischernetz. Nun, weiter. Ich habe auf der Klebergasse (was man das neue Arbeitshaus nennt) acht Wochen lang Nichtsarbeit unter zehn Aufsichtern gemacht. Es ist unerhört, was da alles vorkommt, nur ein Beispiel: Es ist doch selbstverständlich, daß man sich, wenn man friert, einen Raum aufsucht, der etwas wärmer ist, und das ist der Wörtraum. (Es besteht ja zwar ein anderer Raum dazu, der darf aber nur in der Pause benutzt werden.) Jetzt kommt das Gemeine: Will man sich in dem Wörtraum etwas erwärmen, so kommt einer der Arbeitshausaufseher und macht die sich gerade in diesem Raum aufhaltenden Leute durch und durch mit einer Bleistimme naß. So stehen dann die Opfer des Arbeitshausaufsehers naß am Jackloch. Was der Aufseher damit bezwecken will, das brauche ich ja nicht zu schreiben, das wird sich jeder denken können.

Als ich die Nichtsarbeit beendet hatte, wurde ich entlassen. Ich ging jetzt wieder auf das Wohlfahrtsamt, in der Hoffnung, eine Unterstützung zu erhalten nach der Arbeit, die ich geleistet habe. Da kam ich aber schief an, ich mußte wieder einen neuen Antrag machen, der mehrere Wochen gedauert hat. Resultat: Ich erhielt von neuem Nichtsarbeit nach Kasernen, den ganzen Monat für

28 Mark und 20 Pfg. pro Stunde extra. Diese Arbeit konnte ich aber nicht annehmen, da ein Bekannter mir eine andere Arbeit verschafft hatte, die aber nicht lange dauerte, so daß ich wieder arbeitslos wurde. Ich ging wieder auf die Wohlfahrt, wieder mit einem neuen Antrag. Weil mir noch vier Tage zu der gesetzlichen Zeit der Frequentierung fehlten, machte ich einen Antrag auf eine Woche Notstandsarbeit. Das Resultat: Noch einmal acht Wochen in das neue Arbeitshaus auf der Klebergasse. Aber wohlgemerkt, die ganze Zeit, in der die einzelnen Anträge liefen, erhielt ich keine Unterstützung. Als ich schließlich mit dieser Arbeit fertig war, war ich wirklich fertig. Unterstützung erhielt ich nicht, und die Herren haben es wirklich fertig gebracht, daß mich die Bergweisung und das Elend dazu treiben, wieder „straffällig“ zu werden.

Ich wurde wegen dieser Straftat in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, aber durch Postumsfähigkeit nach sechs Wochen wieder entlassen. Jetzt stand ich wieder da, mein Weg war nach dem Wohlfahrtsamt. Wieder ein neuer Antrag. Resultat: Acht Wochen Arbeitslos nach Klebergasse. Nach 14 Tagen Arbeit holte ich mir in der Postkammer die Grippe mit altem Jubel. Dazu kam noch, daß meine Krankheit, die ich schon lange Zeit heilte, wieder ausbrach (ich leide an Darmgeschwürchen, bin magenkrank und habe Krampfadern). So mußte ich mich krankmelden. Da die Möglichkeit zur Krankenkasse abgeschafft worden ist, war ich gezwungen, auf Frequentierung zu gehen. Der Arzt schrieb mich zweimal auf einige Tage arbeitsunfähig. Das war dem Wohlfahrtsamt, der Kreisstelle II, offenbar sehr unangenehm, denn mir wurde gesagt, daß ich zu einem falschen Armenarzt gegangen bin. Deshalb wurde ein neuer Frequentierungsausgestellt mit einem Brief, auf dem oben stand: Wieviel ist H. A. arbeitsunfähig? Ich mußte nun zu einem Arzt gehen, der noch einmal soweit weg wohnte als der erste. Ohne eine Untersuchung wurde das Schreiben an das Wohlfahrtsamt gerichtet und ich als „arbeitsunfähig“ erklärt. Das war Herr Dr. Weise, der das Wohlfahrtsamt gerichtet hat.

Vor ein paar Tagen also wurde ich vom Anstaltsarzt des Untersuchungsgefängnisses für postumsfähig und von meinem Bezirksarzt arbeitsunfähig erklärt, und Herr Dr. Weise, der Schlichter des Wohlfahrtsamtes, erklärt mich ohne Untersuchung für arbeitsfähig! In der Kreisstelle II des Wohlfahrtsamtes sind solche Sachen an der Tagesordnung.

UWB.-Betriebsrat bespöttelt die Belegschaft

Ueber die elenden Arbeitsverhältnisse im Betrieb der Aktien-Gesellschaft für Webwaren und Welleidung (UWB.) am Sonnenplatz haben wir schon einmal berichtet. Der Kennzeichner Leo Lewin hat seinen Betrieb „amerikanisiert“. Die Arbeiterinnen, die den größten Teil der Belegschaft ausmachen, müssen in einem wahnwitzigen System arbeiten, trotzdem kommen sie durch das raffinierte Zeit-Kiloh-Sytem nie auf ihren Stundenlohn. Im Durchschnitt erhalten sie bei 48stündiger Arbeitszeit nur für 32 Stunden den eigentlichen Lohn. Der durchschnittliche Höchstlohn pro Woche beträgt 12 Mark. Zu dieser grenzenlosen Ausbeutung kommt noch die Antisozialität und die gemeine Behandlung durch die Unternehmerräte von Dr. Rohn, Abteilungsleiter Rosenholz bis zum Abnehmer Biering. Der Unternehmer Lewin hat aber noch einen Verbündeten. Der reformistische Betriebsrat sieht seine Aufgabe darin, die Belegschaft vom Kampf gegen die Ausbeutung zurückzuhalten.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hatte für Mittwoch nachmittags die Arbeiterinnen und Arbeiter von UWB. zu einer Belegschaftsversammlung nach Bezirkskongreß der Gewerkschaftsopposition, zur Lage im Betrieb und zu den Aufgaben der Arbeiter im Kampfe gegen die verschärfte Ausbeutung Stellung genommen werden. Schon vor einigen Wochen hatte die UWB.-Belegschaft in einer Betriebsversammlung stürmisch gegen die Schikanen einiger Meister protestiert und beschlossen, gegen den Unternehmer C. Lewin (der Millionen für Kennstühle und andere noble Funktionen übrig hat) und seine Antreiber energische Kampfmaßnahmen durchzuführen.

Die Gewerkschaftsbürokratie und der unternehmerfreundliche Betriebsrat haben aber jede ernste Aktion verhindert und den „Kampf“ im Verhandlungszimmer geführt, mit dem „Erfolg“, daß an den furchtbaren Arbeitsverhältnissen nichts geändert wurde.

Gestern, vor der Versammlung, waren die Herren Betriebsräte die ersten, die in dem Versammlungszimmer erschienen. Etwa, um dort mit der Belegschaft über den Kampf gegen die Ausbeutung zu

beraten? Als die ersten Arbeiter aus dem Betriebe das Lokal betraten und den Betriebsrat erblickten, kehrten sie schleunigst wieder um. Auch die anderen Arbeiter und Arbeiterinnen, die hörten, daß der Betriebsrat im Versammlungszimmer anwesend sei, erklärten, daß sie dann nicht zur Versammlung gehen wollten.

Es ist bezeichnend für die Rolle der Betriebsratsmitglieder, daß sich die Kollegen in ihrer Anwesenheit nicht über Betriebsangelegenheiten unterhalten wollten.

Sie fürchten, daß der Betriebsrat alle Arbeiter denunziert, die gegen den Unternehmer einen scharfen Ton anschlagen. So offensichtlich ist seine Verräterrolle. Diese Handlanger der Gewerkschaftsbürokratie und des Unternehmers glauben wohl, daß die letzte Lohn-erhöhung im Jahre 1928 um einige Pfennige, die elende Lage der Belegschaft so entscheidend gebessert hat, daß es immer noch nicht notwendig ist (trotz steigender Verteuerung der Lebenshaltung) einen neuen Lohnkampf einzuleiten. Sie setzen alles daran, um einen Kampf zu verhindern.

Es nützt nichts, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen an der Tätigkeit des Betriebsrates heftige Kritik üben. Die Belegschaft muß selbst den Kampf für ihre Forderungen organisieren, und zwar gegen die Einheitsfront: Unternehmer, Bürokratie, reformistischer Betriebsrat und Organe des kapitalistischen Staates. — Kollegen und Kolleginnen! Wenn es anders werden soll, müßt ihr sofort eine Kampfleitung wählen, fest zusammenstehen und entschlossen sein, durch den Streik euren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Am nächsten Sonnabend und Sonntag treten die Delegierten des schlechten Proletariats auf dem Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu erster Beratung zusammen, um eine Offensive gegen die neue Nationalisierung und die Hunger- und Terror-Regierung einzuleiten. Auch ihr müßt euch in die Front des kämpfenden Proletariats einreihen. Sorgt dafür, daß in einer Belegschaftsversammlung vom Oppositionskongreß Bericht erstattet wird. Trefft alle Vorbereitungen, um bei der kommenden Betriebsratswahl an Stelle der reformistischen Unternehmerräte die kampferprobtesten und zuverlässigsten Kollegen und Kolleginnen in den Betriebsrat zu wählen.

Gebt Quartiere!

Am morgigen Sonnabend beginnt im Lokal „Zum Leffing“, Klaberstraße 10, der Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Der Kongreß wird am Sonntag fortgesetzt werden. Für die Kongreßbelegierten werden für die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Quartiere benötigt. Meldungen werden durch Genossen Ulrich, Feldstraße 50, und in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50, entgegengenommen. Die Quartiergeber werden gebeten, am Sonnabend, um 22,30 Uhr, im „Leffing“ zu sein, um ihre Karte in Empfang zu nehmen.

Wichtige Kundgebung der Roten Hilfe

Die Rote Hilfe hatte für gestern Abend die Breslauer Arbeiterschaft zu einer Versammlung in den „Zentralballsaal“ aufgerufen. Wie groß das Interesse für das angeführte Thema ist, zeigte der gute Besuch der Veranstaltung. Genosse Freiß behandelte in einem Referat die Frage, wie sich ein Klassenkämpfer Arbeiter vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht verteidigen muß. Seine Ausführungen wurden in der Diskussion durch einige Arbeiter bekräftigt und ergänzt. Verschiedene Fragen, über die man Klärung haben wollte, wurden noch an den Referenten gestellt. Der anschließende Lichtbildvortrag über den Strafprozeß in der Sowjetunion wurde begeistert aufgenommen.

Es gilt jetzt, die Rote Hilfe durch Massen Zutritt zu stärken. Die Zuspitzung des Klassenkampfes überträgt dieser proletarischen Kampforganisation sehr wichtige Aufgaben im Kampfe gegen den furchtbaren Terror. Darum hinein in die Rote Hilfe!

Der geheimnisvolle Schütze, der mit Eintritt der Dunkelheit in die Wohnungen verschiedener Leute schöß, treibt wieder sein Unwesen. Diesmal schöß er mit einer Pistole, Kaliber 8,35 Millimeter, in die Wohnung der Eheleute Du., Michaelstraße.

Festgenommen wurden fünf Leute, die von der Polizei überführt wurden, sechs verschiedene Beschuldigte verbleiben zu haben. Der Wert ihrer „Arbeit“ wird auf 2600 Mark geschätzt. Verschiedene Sachen wurden bei ihnen noch aufgefunden.

Niederschlesien

Großlampstag der Görlitzer Kriminalpolizei

Entlarvtes Spitzelmanöver — Zwei Arbeiter verhaftet

Nachdem die Spitzelgarde des Leiters der politischen Abteilung seit Wochen täglich die Geschäftsstellen der Filiale der Schlesischen Bergbau-Gesellschaft nach „Berufungsschriften“ ohne Erfolg durchsucht hatte, ging man am Dienstag zum Generalangriff über. Am Dienstag und auch noch am Mittwoch wurden Massenhäusungen nach diesen angeblichen Berufungsschriften vorgenommen. Um Material in die Hände zu bekommen, hatten Spitzel, über welche die Polizei reichlich verfügt, bereits am Sonntag ein Manöver inszeniert. Auf dem Bahnhof wurden von unbekannten Personen solche Schriften an Arbeiter verteilt. Die Arbeiter, die diese Spitzel ertaueten, gingen auf diesen „Besuch“ nicht ein. Die Hausdurchsuchungen brachten auch keinerlei belastendes Material hervor. Trotzdem wurde am Dienstagabend der Zimmermann Hermann Poltrach verhaftet. Am Mittwoch früh wurde dann der Genosse Bruno „Klein“ in seiner Wohnung festgenommen. Die Verhaftungen wurden vorgenommen, trotzdem bei den patteggierten Hausdurchsuchungen auch bei diesen

beiden Arbeitern keinerlei belastendes Material vorgefunden wurde. Beide Inhaftierte befinden sich bereits in Untersuchungshaft. Der Gehaltsroboter Binzel, der nach dem inszenierten Manöverstand in der Lunte bekannt sein dürfte, wird auch hier wieder seine Gedanken spielen lassen und eine geeignete Anklage juristisch bauen.

Lenin-Liebkecht-Luxemburg Gedenkfeier

Heute, Freitag, 20 Uhr, im Konzerthaus große Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Gedenkfeier, bestehend in Konzert, Ansprache, Theater. Erscheint in Massen. Eintritt 45 Pfg., Erwerblose 25 Pfg.

Grünberg

Stadtverordnetenversammlung

Anträge der Kommunisten auf Besserung der Erwerblosen mit Brennstoffen sowie Unterstützung für die Erwerblosen, deren Kinder Ostern die Schule verlassen, angenommen. Am Montag legte die erste diesjährige Stadtverordnetenversammlung. Der Zuschauertraum war überfüllt. Der SPD scheint ihr Sieg manchmal direkt unangenehm zu sein. Bei einigen wichtigen Punkten zeigte sich ihre Verlegenheit. So versuchten sie bei den Wahlen zum Verwaltungsausschuss für die Berufsschulen ein Kompromiß mit den Christen. Die kommunistische Fraktion bereitete das. Die bürgerliche Fraktion „protestierte“ mehrmals gegen das Verhalten der Sozialdemokraten, die sich angeichts der Arbeiter im Zuschauertraum etwas radikal gebärdeten. Der Oberbürgermeister appellierte an ihre republikanische Gesinnung. Schneider, Nienführer, Apelt und Kaupke von der SPD waren daraufhin sofort wie umgewandelt, und stimmten für die Bürgerlichen. Eine scharfe Sprache wurde geführt bei der Beratung des kommunistischen Dringlichkeitsantrages, wonach alle Hilfsbedürftigen und Erwerblosen bis Gruppe 8 für Februar zwei Zentner Brennstoff, und dieselben Hilfsbedürftigen und alle Erwerblosen, deren Kinder Ostern die Schule verlassen, eine besondere Beihilfe von 15 Mark erhalten sollen. Nienführer, der Demagoge, wünschte eine „großzügige Bedürftigkeitsprüfung“. Oberbürgermeister Ruffe meinte, die Kommunisten wählten genau so wie er, daß für diese Zwecke keine Ausgaben gemacht werden dürfen, deshalb sei dieser Antrag nur aus Agitationsgründen gestellt worden. Unsere Genossen rechneten scharf mit dieser Gesellschaft ab. Der Antrag wurde in der Abstimmung angenommen. Es wird jetzt an den Erwerblosen liegen, daß dieser Antrag vom Magistrat auch durchgeführt wird. Genosse Karl Laube protestierte gegen die sich anschließende geheime Sitzung. Er verlangte die Beratung der Vorlagen in öffentlicher Sitzung. Der Antrag wurde angenommen. Die SPD stimmte dann noch mit den Bürgerlichen für den Verkauf von einer Reihe von städtischen Grundstücken.

Sagan

Was sagt das Landesarbeitsamt zu diesem Fall?

Die Erwerblose Adelheid Berschowsky erhielt wegen Verzug nach Hermsdorf zwecks Heirat vom Arbeitsamt Jittau eine vorläufige Ueberweisung an das Arbeitsamt Sagan. Sie unterrichtete also dem Arbeitsamt Sagan als arbeitsvermittlungsfähige Person sowie als Unterstützungsempfängerin, da sie bereits in Jittau Erwerblosenunterstützung bezog. Sie hatte nur notwendig, sich nebst Ueberweisungsschein anzumelden, was auch geschah. Herr Strauß als stellvertretender Vorsitzender des Arbeitsamtes verwies das Mädchen zurück nach Jittau zu schreiben, um zu sehen, was Jittau zu diesem Falle sage. Also er will hieraus eine Kardinalfrage machen und verlangt eventuell, noch einen juristischen Streitfall daraus zu machen. Was sagt das Landesarbeitsamt hierzu?

Sprottau

Der Malwitzer Bürgermeister macht leere Versprechungen

Der Erwerblosenausschuß berichtet: Nachdem der Antrag der Erwerblosen an den Magistrat eingereicht war, besuchten drei Kollegen des Ausschusses den Bürgermeister. Die drei Kollegen schilderten die große Notlage der Erwerblosen. Der Bürgermeister aber gab zu verstehen, daß man von einer allgemeinen Notlage nicht so ohne weiteres sprechen könne. „Es gäbe doch Erwerblosenunterstützung“. Was die Milch für die kleinen Kinder anbelangt, so sei es nicht nötig, jedoch Milch zu geben. Für die Belieferung mit Feuerungsmaterial sei das Wetter sehr ungünstig. Betreffs der Hauszinssteuer komme das Katasteramt in Frage. Im übrigen seien der Stadtverwaltung die Hände durch „oben“ gebunden. Es wurde darauf dem Bürgermeister die Antwort klar und deutlich von den drei Kollegen gegeben. Der Bürgermeister gab dann zu verstehen, daß ja zwei Erwerblosenausschüsse bestehen. Wir gaben dem Bürgermeister auch hier die nötige Antwort und erklärten ihm, daß der anwesende Ausschuß, der von 80 Prozent der Erwerblosen gewählt ist, allein zuständig sei. Einige Tage darauf beschloß der Magistrat eine Unterstützung von 10 bis 20 Mark für ungefähr 150 Erwerblose. In der am 29. Januar patteggierten Versammlung nahmen die Erwerblosen hierzu Stellung. Sie beauftragten den Ausschuß, alles daranzusetzen, damit sämtliche Erwerblose in den Genuß einer einmaligen Unterstützung gelangen und vor allen Dingen die kleinen Kinder Milch erhalten. Der Erwerblosenausschuß hat die nötigen Schritte unter-

Lüben

Vom Lübener Arbeitsgericht. Vor einigen Tagen fand in Lüben die zweite Sitzung des Spruchauschusses statt. Als Vorsitzender fungierte Herr und „Genosse“ Kirchner-Riegnitz (Arbeitsamtsvorsitzender). Zur Verhandlung fanden 18 Einsprüche wegen Ablehnung der Unterstützung nach § 80 (Prüfung der Bedürftigkeit). In allen 18 Fällen wurde einstimmig die Unterstützung teilweise oder ganz abgelehnt. Wie nun Herr Kirchner über solche Fälle urteilt, sei hier kurz gesagt: Eine Landarbeiterin aus Groß-Reichen, die das ganze

Jahr auf dem Dominium arbeitete und Ende 1929 wegen Arbeitsmangel entlassen wurde, stellte einen Antrag auf Unterstützung, der abgelehnt wurde, weil der Betreffenden zugemutet wurde, sie könne sich den Lebensunterhalt bei den Großeltern mitverdienen, die eine kleine Landwirtschaft besitzen. Die Genannte wohnt bei den Großeltern und zahlt wöchentlich 3 Mark Kostgeld. Kirchner denkt, weil die Erwerblose bei ihren Großeltern einmal aus Vangerwelle die Ruß gemolten hat, ist das ausreichend genug, um sich den Lebensunterhalt verdienen zu können. Aus diesem Grunde kam der Spruch-

Rund um die „Gurlenstadt“

Da sich unsere Leser bei der ersten Rundfahrt durch Liegnitz gut unterhalten haben, fahren wir gleich wieder und werden von jetzt an regelmäßig Mittwoch und Sonnabend diese Sprichtour unternehmen. Schon vor Abfahrt am Arbeitsamt gibt es viel Lustiges zu sehen. Wie bekannt, lieben die Kommunisten täglich ihre „Arbeiter-Zeitung“ ans Arbeitsamt. Kommt nun dieser Tage so ein Jgel und will diese Zeitung abreißen. Matzsch — hat er von einem Arbeiter eine gelangt gekriegt. Bei genauer Betrachtung stellen wir fest, daß es der sozialdemokratische Arbeitsamtsdirektor Kirchner selbst ist, der für sein naseweißes Tun sofort den Lohn erhielt. Wie wir schon einmal mitteilten, will unser Polizei-„Ober“, Stadtrat Eisner, eine „Sonderverordnung“ für das Arbeitsamt herausgeben, um das Treiben der Kommunisten zu unterbinden. Da wir ihn eben treffen, können wir an seiner nachdenklichen Miene feststellen, daß er sich noch nicht einig ist. Nun — wir warten auch noch ein bißchen. Als unser schönes Rathaus (das neue!) in Sicht kommt, denken wir unwillkürlich ans Wohlfahrtsamt, das darin untergebracht ist. Auch die Feuerwehr hat hier ihre Räume, und konnten wir feststellen, daß Wohlfahrtsamt und Feuerwehr unlösbar verbunden sind. Die Aufgabe gewisser Wohlfahrtsabzonen ist, die Hungernden anzubrotten. Ein gutes Stimmorgan hat der Herr Dito, wie sich herausstellte. Als aber ein Wohlfahrtsempfänger dieses Brüllen nicht vertragen, und sich Ruhe verschaffen wollte, war gleich die Feuerwehr da. Nicht mit der Spritze, nein — dafür aber mit dem Summknüttel! Die erregten Unterstützungsempfänger jagten jedoch diese Prügelfelben zum Teufel. Zum Ueberfluß kam auch noch die Polente angerannt. Da Wohlfahrtsamt aber von „wohl-fahren“ abgeleitet ist, mußte es sich eine dieser prügellustigen Blechtuten gefallen lassen, daß er „wohl“ die Treppe hinunter„fuhr“, allerdings auf seinem Hintern. Den Bürovorsteher Otto werden wir das nächste Mal etwas länger besuchen. Unser nächstes Ziel war der „Fliegerhorst“, Erholungsort aller Notleidenden von Liegnitz. Dort mußten wir feststellen, daß

ausschlag zu folgendem Urteil: Die Vorgenannte erhält 80 Prozent der Unterstützung bis zum 28. Februar, dann, meint Herr Kirchner, gibt es wieder Arbeit genug. Darum, Arbeitslose, geht keine Rede mehr über einen Elend ausmisten, sonst kann euch der SPD-„Genosse“ Kirchner die Unterstützung entziehen oder keine bewilligen. Erwerblose, schließt euch zusammen, sorgt dafür, daß solche Leute wie Herr Kirchner nicht das letzte Wort zu sprechen haben.

Magnau

Betrifft Kirchengeld! Die Kirche ist der Hüter des Kapitals. Sie ist für auch Arbeiter ein Hindernis im wirtschaftlichen und politischen Kampfe. Darum erklärt noch heute euren Austritt aus der Kirche, und zwar könnt ihr denselben alle Wochentage bis 18 Uhr im Zimmer 16 des Amtsgerichts, Lindenstraße, vornehmen.

Aus dem Riesengebirge

O du herrliche, wunderschöne Metallwarenfabrik Traugott Weig in Schmiedberg. Hier herrschen goldene Sitten. Ist da ein Werkmeister namens Leyer, frisch von Thüringen hergeschickt. Nicht nur, daß dieser Gold die Arbeiter beschimpft, wird er sogar handgreiflich gegen sie. Ferner ist noch ein Schlossermeister mit Namen Böschke, der seine Untertanen verachten will, indem er die Arbeiter beim Werkmeister verachtet und den Arbeitern die Schuld gibt, wenn es an der Maschine nicht klappt. Und du, mein lieber Kollege Betriebsrat, dein Gang ist rückwärts in der Arbeiterbewegung, wie es deine sozialdemokratische Gesinnung und dein Name, der R e e s lautet, verlangen. Wie kannst du zugeben, daß in eurem Betriebe 10 bis 12 Stunden gearbeitet wird. Dabei gehen in Schmiedberg Hunderte von Arbeitern stempeln. Wie steht es mit dem Wohlstand? Arbeiter, seht ihr nicht klar, was diese Herren vom Schlage eines Krebs für euch bedeuten? Hinweg damit! Wählt euch Vertreter, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Fort mit den Sozialdemokraten, die doch nur Bundesmacher vor den Sozialdemokraten sind. Weicht auch ein in die Kampfpartei, das ist einzig und allein die KPD.

sch an den Sauzuständen noch nichts geändert hat. Das liegt wohl daran, daß Liegnitz zuviel Geld für die „Grüne Miana“ und den Schnellwagen für die „Blau Vereitshaff“ ausgeben muß. Aber nicht gemacht, ihr Ermittler aus dem Fliegerhorst, es wird schon besser werden. Ist doch dieser Tage eine „soziale“ Kommission bei euch draußen gewesen, um festzustellen, ob die Angaben der „Arbeiter-Zeitung“ stimmen. Und sie haben gestimmt, ja — man hat sogar festgestellt, daß es bei euch ganz jämmerlich stinkt. Ihr staunt, was der Metallarbeiter Ufert aus dem Volkshaus für 'ne seine Nase hat. Das „Liegnitzer Tageblatt“ schreibt hierzu, daß ihr immer vergeht, die Fenster aufzumachen, ihr auch noch nicht den Segen frischer Luft erkannt habt. Also bessert euch, macht die Fenster weit auf, und laßt den frischen Duft, der aus den Schlammröhren steigt, in eure Wohnungen.

Bei der Rückfahrt durch die Grenadierstraße kommen wir zur Möbelfabrik Bach. Eigentlich wäre das eine Angelegenheit des Holzarbeiterverbandes und auch des Herrn Fischer vom Volkshaus, hier umzuschiffeln. Da wir aber gerade hier sind, machen wir's! In dieser „Fabrik“ arbeiten zwei Gesellen und sechs Lehrlinge. Arbeitszeit ist täglich 10—12 Stunden, auch Sonntags. Die Lehrlinge immer feste mit. Wo bleibt hier der Verband? Wo das Jugendamt, um dieser Lehrlingsausbeutung einen Riegel vorzuschleiben? Der eifrigste Ueberstundenhiebler ist in diesem Betriebe der Sozialdemokrat Hans Knecht. Seinen Namen führt er mit Recht.

Das Ende unserer Fahrt ist der Ausgangspunkt, das Arbeitsamt. Heller Lichterglanz strahlt uns entgegen, denn es ist bereits dunkel geworden. Ein Blick auf die Uhr zeigt uns, daß es schon 20,30 Uhr ist. Was ist denn hier Los? Auf dem Arbeitsamt, wo es Tausende Erwerblose gibt, werden Ueberstunden geschoben! Nun hört doch alles auf. Und da ist der Direktor des Arbeitsamtes ein Sozialdemokrat, schimpft sich „Arbeitervertreter!“ Trotzdem auch hier Ausbeutung im höchsten Grade.

Arbeitersport

Kreis-Wintersportfest am 16. Februar

Nachdem während der letzten Tage in den schlesischen Mittelgebirgen reichliche Schneemengen niedergegangen sind, welche die Voraussetzung für die Abhaltung größerer wintersportlicher Veranstaltungen bilden, hat der Wintersportauschuß der schlesischen Arbeiter-Wintersportler beschlossen, das 2. Kreis-Wintersportfest am 16. Februar in Langenbielau abzuwickeln. Sämtliche Wettkampfmeldungen (die schon Gemeldet haben sich nicht mehr zu melden) müssen bis spätestens Donnerstag, 13. Februar, in Händen des Genossen Bläschke, Langenbielau 1, Schulstraße 7, sein. Die Teilnehmer des 1. Fritts fahren, soweit nicht Wettkämpfer, erst Sonntag früh einreisen. Alle Langläufer müssen Sonnabend in Langenbielau eintreffen und ihre Ankunftszeit rechtzeitig an Genossen Bläschke mitteilen. Jeder bringe sich eine Decke mit, da das Quartier wohl gut geheizt, aber Strohlager ist.

Handball — Berichtung für den 9. Februar

8,30: Südost — Stern, Kettendorf, Frilich II
14,30: Südost Sportl. — FSB, Sportl., Kettendorf, Buchwalb
15,00: 1925 — 8. Abt., Dsowitz, Klose I
15,00: Tennis — 1897, Helmutowieje, Peterfilie
14,00: Moosberg Jgd. — Nordost Jgd., VSB-Platz, Grabel II
10,00: 5. Abt. — Kamerareinigung, Dsowitz, Striekel
10,45: 8. Abt. Jgd. — 7. Abt. Jgd., Helmutowieje, Frießel
10,00: Elekta — 1928, Stadion, Bergander
15,15: Deutsch-Wisa — 5. Abt., Klein-Heidan, Rausch

Fußballgesellschaftsspiele für den 9. Februar:

10,00: Wader II — Südost II, Gröschelwieje, Horn G.
9,00: Wader 2. Jgd. — Südost 2. Jgd., Gröschelwieje, Steinert
Das Spiel FSB Jgd. gegen S.L. Kader's Jgd. im Bebelpark um 10,00 Uhr leitet für Genossen Malek der Genosse Hauke (1924).

51. Jaffe. Heute Freitag, 19 Uhr, Vollerversammlung. Nicht-erschienen wird bestraft.

52. Kapib. Heute Freitag, 20 Uhr, bei Scholz, Weihenburger Straße 17, Vollerversammlung, 22 Uhr: Vereinsversammlung. Zweck: Gründung einer Handballabteilung für Sportlerinnen.

53. Herr... Dorf. Heute Freitag, 19 Uhr, Monatsversammlung bei Gasse. Neue Mittelieder werden angenommen.

SSV. 1924. Heute Freitag, 20 Uhr, Vollerversammlung. Aufstellung zur Serie.

Freie Sportfreunde. Heute Freitag, 20 Uhr, im Vereinslokal, außerordentliche Versammlung. Nicht-erschienen wird bestraft.

Folgende Fußballspiele fallen aus: 1921 I und II — VSB. I und II — 1921 I. und 2. Jgd. — VSB. 1. und 2. Jgd. West I, II und III — Hertha I, II und III — Jaffe II — Fr. Sportfreunde II in Marienhöfen, um 13 Uhr leitet Genosse Hoffmann Dr., VSB.

Wieg. Arbeitersport. Am Sonntag, 9. Februar, spielen: 9,00: Schwarz-Rot Jgd. gegen VSB. Jgd., Holzmarkt, Koberhau; 10,00: Spielvereinigung I gegen Schwarz-Rot I, Holzmarkt, Lemitz; 12,00: Vorwärts Jgd. gegen Hertha Jgd., Holzmarkt, Gumpo; 1,00: Hertha II gegen Vorwärts II, Holzmarkt, Kurzer; 14,30: Hertha I gegen Reize I, Holzmarkt, Steuer.

Jittau. Stern I — Freie Sportfreunde I Dittersbach 5:4 (2:1). Trotz der denkbar schlechtesten Bodenbeschaffenheit bekam man interessante und spannende Kämpfe zu sehen. Was die einen durch systematische Spielweise errangen, glichen die anderen durch wichtige und auf Sieg eingestellte Angriffe aus. Wenige Minuten vor Schluß stellte Dittersbach erst durch Eigentor den Sieg auf 5:4. — Stern II hatte es nicht leicht, und obwohl sie zur Halbzeit 3:1 führten, hieß es am Schluß 4:3 für Dittersbach II. — Freitag wichtige Monatsversammlung. Dortselbst werden die Spiele für den 9. 2. bekanntgegeben.

Schauspielhaus. Heute Freitag, „Das Land des Rächels“, Operette von Franz Lehár, zum ersten Male. Das Werk ist in den Hauptrollen mit Ernst Jolan, Trude Reiter, Minna Lang, Serge Abranovic, Rudolf Kurt, Heinz Joachim Langwitz, Hans Sanden und Ernst Wendler besetzt. Die musikalische Leitung hat Generalmusikdirektor Fritz Goebel, die szenische Leitung Hans Sanden. Die Dekorationen sind vom Ausstattungsdirektor der Kollerbühnen Oskar Schott. Morgen Sonnabend und die folgenden Tage wird „Das Land des Rächels“ wiederholt. Sonntag 14 Uhr „Rübezahl“, 16,30 Uhr „Der Bettelstudent“.

Städt. Theater. Das zehnjährige Kraftwunder Helmut Richterfeld verheißt täglich 19,30 Uhr mehrere Spielsachen vor dem Theater an seine Altersgenossen.

Generallstreit indischer Eisenbahner

Eisenbahnverkehr in Bombay ruht vollständig — Bahnhöfe durch Polizeitruppen besetzt — Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft verhaftet — Ultimatum der Direktion — Ausrüstungsgegenstände der Streikenden

Bombay, 6. Februar. Der Eisenbahnverkehr in Bombay ruht vollständig. 125 000 Angestellte der Great Indian Peninsula Railway haben im Generallstreik. Die Versuche der Eisenbahndirektion, den Schnellverkehr mit Streikbrechern aufrechtzuerhalten, sind fehlgeschlagen. Davor wie Schnellverkehr ruht vollständig. Der Kampf droht auf andere Bahnhöfe überzugreifen.

Sämtliche Bahnhöfe sind von starken Polizeibeständen besetzt worden. Die Streikenden veranstalten dauernd Kundgebungen und Demonstrationen, sie entsenden eine rege Agitation. Die Bevölkerung sympathisiert mit den Streikenden und nimmt zu Tausenden an ihren Kundgebungen teil.

Die Eisenbahndirektion hat sofort den Beschlüssen der revolutionären Eisenbahnergewerkschaft verhaftet lassen. Sie glaubte durch diese Maßnahme die Front der Streikenden zu

spalten zu können. Als Antwort sind noch einige Tausend Arbeiter der Vorortbahnen neu in den Kampf getreten. Nunmehr hat die Eisenbahndirektion den Streikenden ein Ultimatum gestellt. Die Eisenbahner wurden aufgefordert, bis spätestens Sonnabend die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls ihre Stellen anderweitig besetzt würden.

Die Streikenden beantworteten diese Aufforderung mit verächtlichen Kampfmahnen. Sie gelobten, nicht früher wieder an ihre Arbeitsplätze zurückzugehen bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Der Generallstreik auf der Great Indian Peninsula Railway ist von ungeheurer Bedeutung, weil es sich um eine praktisch alle Eisenbahnen handelt. Der Streik der indischen Eisenbahner, der einen sehr ernsthaften Charakter hat, richtet sich unmittelbar gegen die englische „Arbeiter“-Regierung. Die Kampfmahnen der Bombayer Eisenbahndirektion sind kennzeichnend für das sozialistische MacDonald-Regime.

Arbeiterinnen bewahren die Kriegsschulen

Moskau, 6. Februar. In der Sowjetunion beginnen in aller nächster Zeit die Vorbereitungen für die Kriegsschulen. In diesem Zusammenhang wird bekanntgegeben, daß in diesem Jahr die Aufnahme von Frauen und zwar Arbeiterinnen des Betriebs in die Kriegsschulen „in breitem Maßstab“ stattfinden wird. Die Frauen werden in die technischen Kriegsschulen und die der Spezialmaschinen aufgenommen.

Es entspricht dem Verlangen der zur Selbständigkeit erwachten Arbeiterinnen der Sowjetunion, aktiven Anteil an der Verteidigung ihres proletarischen Vaterlandes zu nehmen.

Hungerstreik indischer Studenten

Bombay, 6. Februar. Die wegen ihres Kampfes um die Unabhängigkeit Indiens in Lahore eingeleiteten nationalistischen Studenten sind in den Hungerstreik getreten, weil ihre Beschwerden über schlechte Behandlung im Gefängnis keine Beachtung fanden.

Urteil gegen mazedonische Revolutionäre

Zagreb, 6. Februar. Vor dem Belgradsberger Sondertribunal wurde der Prozeß gegen fünfzehn mazedonische Nationalrevolutionäre und Kommunisten beendet. Trotzdem keinerlei Beweismaterial für die Schuld der Angeklagten, mit Ausnahme einiger durch grauenhafte Folterungen erzwungener Bekenntnisse vorlag, wurden sämtliche fünfzehn Angeklagte verurteilt, und zwar drei zu je sieben Jahren Zuchthaus, die übrigen Angeklagten zu Zuchthausstrafen von drei bis fünf Jahren.

Gegen dieses lediglich auf Grund von Polizei- und Spitzelauslagen gefällte Schrecksurteil sind an den mazedonischen Ministerpräsidenten sowie an den Staatsgerichtshof bereits eine Anzahl von Protesttelegrammen namhafter internationaler Persönlichkeiten abgegangen.

Auffandsbewegung in Albanien

Tirana, 6. Februar. In Albanien herrscht eine sehr gespannte Lage. Die Blätter melden, daß die nordalbanischen Stämme neue Aufstände vorbereiten. In Tirana werden Truppen zusammengeschoben, die unter das Kommando ausländischer Offiziere gestellt werden. Die Stadt gleicht einem Heerlager. Trotzdem der König sich mit starken Militärtruppen umgeben hat, wagt er aus Furcht vor den Aufständischen kein Schloß nicht zu verlassen.

In der Stadt Gjirokastra in der Nähe der südslawischen Grenze wurde der Präfekt des Kreises Bisc in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Von den Tätern heißt jede Spur. Das Attentat wird mit der allgemeinen politischen Gärung im Lande in Verbindung gebracht.

Unruhen auf Samoa dauern an

Wellington, 6. Februar. Die Aufstandsbewegung unter den Eingeborenen auf Samoa dauert unvermindert an. Die neuseeländische Regierung will eine neue Polizeitruppe auf die Insel entsenden. Mit blauen Bahnen soll den aufständischen Eingeborenen die „Achtung vor den Gesehen und der Staatsordnung“ beigebracht werden, die sie infolge des Hungers und brutaler Behandlung verloren haben. Die Regierung will mit Hilfe der Militärmacht die Eingeborenenliga auflösen. Der neuseeländische Minister für Landesverteidigung wird sich zu diesem Zweck selbst nach Samoa begeben.

Hongkong, 6. Februar. Die ausländischen Kwangsi-Truppen haben mit ungefähr 20 000 Mann einen neuen Vorstoß gegen die Kanting-Regierung unternommen. Sie sind im Anmarsch auf Kanton. Die Kanting-Regierung hat 6000 Mann Verstärkung nach Kanton geschickt. In der Stadt herrscht Unruhe.

Attentat auf den mexikanischen Präsidenten

Beispiellose Kommunikerhege — Ein Lockspiegelmanöver?

Mexiko, 6. Februar. Gestern wurde auf dem neuen mexikanischen Präsidenten Ortiz Rubio ein Attentat verübt. Als der Präsident das Kongressgebäude, wo er den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, verließ, sprang ein Mann auf das Auto zu und feuerte sechs Revolvergeschosse ab. Zwei Schüsse trafen den Präsidenten an der Schulter und am Rücken. Auch die Rechte Rubios und sein Privatsekretär trugen Verletzungen davon. Die Verwundung des Präsidenten erwies sich als ungefährlich. Der Täter wurde verhaftet.

Alle Nachrichten über das Attentat unterliegen einer strengen Zensur. Nach der Meinung der vorliegenden Meldungen soll der Attentäter auf Anstiften von Anhängern des durch Rubio geschlagenen Konservativisten Ballescua geschickt haben. Ballescua war der Kandidat der konservativ-agrarischen Reaktion. Er bestrebt sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten, wo er eine Erklärung abgab, in der er das Attentat „bedauerlich“ nannte.

Die mexikanische Regierungspresse nimmt das Attentat auf Rubio zum Anlaß, um eine beispiellose Kommunikerhege zu entfachen. Sie behauptet, daß der Täter in kommunistischen Kreisen verheißt und auf kommunistische Veranlassung das Attentat verübt habe.

Nachdem die mexikanische Bourgeoisie mit Calles und Rubio an der Spitze vor dem amerikanischen Imperialismus zu Kreuz gekrochen ist, die mexikanischen Petrolumsfelder den amerikanischen Desmagnaten ausgeliefert und durch die Aufhebung eines großen Teils der bisherigen Agrarreformen ihren Frieden mit der auf Amerika sich stützenden mexikanisch-amerikanischen Großgrundbesitzerklasse geschlossen hat, liegt eigentlich für Amerika kein besonderer Anlaß vor, den willfährigen Präsidenten Rubio aus der Welt zu schaffen. Das Attentat entspringt bestenfalls der allgemeinen Gärung, in die das reaktionäre Regime das ganze Land gestürzt hat.

Sehr wahrscheinlich ist aber, daß das Attentat nicht ohne amerikanische Einwirkung verübt wurde, mit dem Ziel, die mexikanische Bourgeoisie noch tiefer auf den Weg der schärfsten Reaktion zu stoßen. Die verstärkte Kommunikerhege und der harmlose Ausgang des Attentats lassen darauf schließen, daß es sich bei dem Attentat um ein Lockspiegelmanöver handelt, das den Vorwand liefern soll für eine noch brutale Unter-

drückung der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern.

Mexikos Plantagenarbeiter vor dem Streit

New York, 6. Februar. Der Mexikanische Nationalverband der Zuckerpflanzenarbeiter, der dem reformistischen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, hat sich unter dem Druck der Massen genötigt gesehen, von den Plantagenbesitzern eine Besserung der Arbeitsbedingungen zu fordern und mit dem Streik von 40 000 Arbeitern auf 56 Plantagen zu drohen.

Der Streik auf den im Besitz von Bürgern der USA befindlichen Zuckerpflanzen in dem mexikanischen Staat Sinaloa endete mit einem Siege der Arbeiter, die die Entlassung der gefangenen Streikführer sowie eine Lohnerhöhung forderten. Am 30. Januar fand ein anderthalbstündiger Proteststreik statt, der sich gegen die zwölfstündige Arbeitszeit auf den Plantagen richtete.

Durchpeisung des Meerut-Prozesses

Bombay, 6. Februar. Die Gefangenen in Meerut weigerten sich am zweiten Verhandlungstage des Meerut-Prozesses vor Gericht zu erscheinen, zum Protest gegen die beschleunigte Durchführung des Prozesses ohne einen Verteidiger. Seit zehn Monaten ging die Voruntersuchung, jetzt, wo der Verteidiger nach England gereist war, da die Weiterführung des Prozesses erst für Monat März angelegt war, wurden die Verhandlungen plötzlich zwei Monate vorverworfen, ohne die Rückkehr des Verteidigers aus England abzuwarten.

Auf Grund der Weigerung der Gefangenen, vor Gericht zu erscheinen, wurden ihnen zwei Offizialverteidiger gestellt, die bis zur Ankunft des Verteidigers amtierten sollen. Der Offizialverteidiger erhob Widerspruch gegen einige Punkte der Anklage und zweifelte die Zuständigkeit des Gerichts in Meerut an. Der Richter lehnte jedoch jeden Widerspruch ab.

Die Anklageschrift, die der Staatsanwalt zur Verlesung bringt, ist 150 Blattseiten lang.

Den Tag, an welchem die Lüttwiger die Schule besetzt hatten, kamen die Arbeiter zusammen. Man wußte nicht, woher die Aufforderung kam — sie waren alle da.

Auch Schuhmacher Rau.

Jetzt war er keinen Abend mehr zu Hause.

Rudolf erwachte regelmäßig in den grauen Morgenstunden, wenn der Alte nach Hause kam. Und eines Nachts sah er, wie sein Vater etwas Langes hinter den Ofen stellte und allerlei Sachen darüber hing.

„Vater, warum kommen denn eigentlich die Soldaten und besetzen die Schule?“, fragt Rudolf.

Der Alte sieht ihn an, brubbelt etwas in seinen Bart, und dann will er ihm die Zusammenhänge erklären.

Aber er kann nicht gut reden, und er kann auch seinem Sohn nicht in die Augen sehen.

Endlich sagt er, ohne auf die Frage einzugehen: „Wenn wir eine Militärdiktatur haben, werden sie uns das bürgerliche Recht auch noch nehmen. Mit ihrer jetzigen Ausbeutung sind die Herren noch nicht zufrieden.“

Dann hält er sich inne und schämt sich irgendwie, weil er Ausdrücke wie „Freiheit“ und „Ausbeutung“ gebraucht hat.

Auch Ottos Vater war keine Nacht zu Hause.

Und auch er brachte eines Nachts etwas Langes mit heim und versteckte es.

Es war noch früher Vormittag.

Hermann Rau sah in seiner Werkstatt und nagelte ein Stück Linoleum unter einen Stuhl.

Es war ganz ruhig im Haus und auf der Straße.

Mit einemmal legte er den Hammer aus der Hand und lachte.

Von irgendwoher, es mußte weit sein, Klang es:

... tal tal tal tal tal tal tal tal ...

Ein Maschinengewehr.

Hermann Rau stand auf, legte die Arbeitshutze ab und jog sich hastig seine älteste Jacke an.

Dann ging er in die Stube.

Seine Frau sah ihn ahnungslos und entschuldigt an.

Er griff hinter den Ofen und holte einen Karabiner hervor, warf ihn über die Schulter und schickte sich an zu gehen.

„Hermann“, schrie die Frau entsetzt und vertrat ihm den Weg

Aber er schob sie nur brummend beiseite.

Ausschlüßend drach sie in einem Stuhl zusammen.

Rudolf rannte hinter seinem Vater her. Der ging gerade mit Pietas durch den Hausflur.

Auch auf Pietas Rücken hing ein Karabiner.

Auf der Straße hörte man das Knattern des Maschinengewehrs deutlicher.

Und dazwischen einzelne Gewehrshüsse.

Es mußte am Bahnhof sein.

Die Straße war in heftiger Erregung.

Kinder rannten nach Hause. Frauen hasteten ihnen hinterher.

„Am Bahndamm und auf Wagners Bergplatz kämpfen sie“, schrie ein junges Weib.

Die Straße bot einen seltsamen Anblick. Aus allen Häusern kamen Männer und junge Weiber. Alle hasteten in derselben Richtung vorwärts.

Und alle trugen ein Gewehr.

Je näher sie zum Bahnhof kamen, desto deutlicher wurde das Knattern der Schüsse, und desto härter und entschlossener wurden ihre Gesichter.

Rudolf trabte hinterher.

Er kannte sie fast alle, die da vor ihm die Gewehre trugen.

Sie waren alle Proleten, sie hatten alle Kinder, wie er eins war. Sie hatten alle Hunger. Sie trugen alle zerrissene und geflickte Anzüge. Sie hatten alle eine schmutzige und elende Kindheit wie er durchgemacht.

„Vormärts“, schrie der alte Gerber, und die Arbeiter hürmten dem Bahnhof zu.

Hermann Rau bemerkte jetzt erst seinen Sohn und gebot ihm drohend, nach Hause zu gehen.

Rudolf fügte sich unwillig.

Und als er nach Hause ging, sah er immer mehr Arbeiter, die mit dem Gewehr in der Faust zum Bahnhof rannten.

Bald überlante das Knattern des Maschinengewehrs das Maschinengewehr.

Die Schule lag öde und leer an der Straße. Sie waren den Lüttwigern zu unsicher gewesen, deshalb hatten sie ihr Standortquartier auf dem Bergplatz errichtet.

Ganz unerwartet ist es zum Kampf gekommen.

(Fortsetzung folgt.)



10. Fortsetzung

Draußen beginnt es Frühling zu werden. Die Schulen waren für die Kinder geschlossen. Ueber Nacht waren die Kopp-Soldaten in die Vorstadt einmarschiert. Als Quartier mußte die Schule herhalten. Auf dem Platz, auf welchem sich in den Schulpausen die Kinder gejagt hatten, standen jetzt schwere Geschütze und eine Koppel von gestutzten Weibern.

Die Kinder drängten sich an den Zaun und starrten durch die Ritzen.

Die Arbeiter fuhrten nicht mehr in die Betriebe. Es gab keine Bahnarbeiter, welche die Güter beförderten. In den Wasserwerken verstopfte das Wasser.

Die Wasserwerke freiliefen.

Die Elektrizitätswerke freiliefen.

Es gab keine Zeitungen.

Die Buchdrucker freiliefen.

Alle, alle legten spontan die Arbeit nieder. In Trupps zogen die schwerbewaffneten Lüttwiger durch die Straßen.

Ganz junge Weiber woben es. Der Strohkeim hing ihnen beinahe auf die Schultern. Vorn hatten sie mit Rodee ein Halentzeug aufgeschoben.

Sie kamen frisch vom Balktum, hatten nicht lange in Döberitz gelegen.

Tham war für die Dauer des Aufstandes eine Zulage von sieben Mark bewilligt worden. Bei Sturz der Regierung fünfzig Mark extra. Ebert und Koste hatten sich verteidigt. Beim Einmarsch der Weiber hatten sie sich mit einigem Regimentskommando, der ihnen mit der Waffe entgegensteht. Und die Balktumer wollten gern ein bürgerliches Krieg spielen. Aber sie hatten nicht gewußt, wer ihr wirklicher Feind war. Sie hatten den Proleten und seine fürchterliche Waffe unterschätzt: den Generallstreik!

Letzte Lokalnachrichten

Polizeierror

Zwei Arbeiter, die Mittwoch nacht die Allenstraße entlang gingen, wurden plötzlich von einem Polizeiläufer, genannt „Zinckel“, ohne Grund überfallen und für verhaftet erklärt. Auf die Frage der Arbeiter, was denn eigentlich los sei, schrie dieser mutige Held kräftig um Hilfe. Auf die Hilferufe kam ein Radfahrer von der anderen Straßenseite, zog einen Revolver, stellte sich gleichfalls als „Polizei“ vor und bedrohte die Arbeiter mit dem Schießpulver. Unter diesen Umständen gingen die Protesten zur Wache, unterstützt von den beiden Schupos, von denen der Radfahrer sie ständig bis zur Wache mit der Pistole bedrohte. Auf der Polizeiwache Leutenbrunne wurden die Arbeiter auf die Stühle geschleudert und ihnen erklärt, daß sie Plakate geklebt haben sollen. Die Arbeiter hatten nicht das Geringste, was auf einen solchen Verbaht hingedeutet hätte, bei sich. Auf die Proteste der Arbeiter, wurde ihnen erklärt: „Wenn ihr nicht vernünftig seid, passiert euch was anderes.“ Arbeiter, merkt euch diese Vorfälle, es sind die Polizeiläufer Nachtmeister Heilig (das ist der mit der Pistole) und Dillmann. Auf die Frage eines Arbeiters nach den Personalien dieser beiden Kosaken, wurde er kurzweilig aus der Wache hinausgeworfen.

Schwere Einbrüche. In der Nacht zum 3. Februar brachen unbekannte Täter in die Brüderstraße 1/3 befindliche Gaststätte von Gebr. Wolff ein und erbeuteten 600 Zigarillos, 500 Zigarren,

3000 Zigaretten verschiedener Marken, eine Flasche Likör und 13 Mark Bargeld. Der Gesamtschaden beträgt etwa 610 Mark. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. — Zwei Nächte später stalteten unbekannte Leute einem Zigarrengeschäft auf der Hohen-Sollernstraße Besuch ab und zogen mit folgender Beute ab: 184 Mark Bargeld und 4500 Stück Zigaretten verschiedener bekannter Marken. Dem Kaufmann entstand dadurch ein Schaden von 384 Mark.

Arbeitslose Frauen und Mädchen. Meldet euch sofort in der Hauptstraße 11 — Restaurant Daniel, Lohndamm 38/40; Restaurant Karl Sowa, Leutenbrunne 72 —, in der Zeit von 9 bis 13 Uhr. Es kommen nur die in Frage, die in Fürsorgearbeit standen und auf Grund der Nachzahlungen des Stundenlohnes von 61 auf 66 Pfg. eine erhöhte Unterstützung erhalten haben, die aber auf Grund der neuen Bestimmungen in die Lohnklasse 5 herabgesetzt werden (10,50 M. wöchentlich) und denen jetzt von der gefürzten Unterstützung noch Beiträge abgezogen werden für vorher zuviel gezahlte Unterstützungen.

Eine recht sonderbare Auffassung über Wohlfahrtsfrage haben Frau und Tochter des Vorstehers des Bezirks 238, mit Namen Lon, Friedrich-Rich-Str. 42. Eine Witwe, die einen eiligen Freikursisten in Wohnung des Bezirksvorstehers holen kam, sollte, da keine solchen Scheine da sein sollten, bereits zum zweiten Male unverrichteter Dinge umkehren. Als die Witwe die Frau Lon darauf aufmerksam machte, daß sie Scheine immer vorrätig haben möchte, kam die Tochter hinzu, die der alten Frau einen Stoch versetzte, daß sie

über die Schwelle zog. Wie wäre es, wenn der Magistrat den beiden einmal etwas Unterricht darüber erteilen ließe, wie sie sich Hilfe suchenden gegenüber zu benehmen haben?

Straßenunfall. Am Dblau-Wer wurde die Ehefrau Gertrud G. von einem Radfahrer, dem Lehrling Alfred S., umgefahren und verletzt.

Hast du schon Karten

Breslauer Film-Matinee

am Sonntag, den 9. Februar, vorm. 11 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, wo der Russe Victor Turin in deutscher Sprache über die neue Filmkunst Rußlands spricht. — Wo Ausschnitte aus „Potemkin“, „Mutter“ und dem neuen Maschinen-Montagefilm „TURKSIB“ bei verstärktem Orchester vorgeführt werden.

Vorverkauf an der Knochens u. der Geschäftsstelle der Volkshöhne für das Film-Matinee „Die neue Filmkunst Rußlands“. Vorzeigung des Mitgl.-Ausweises 70 Pfg., alle anderen 1.20 Mk. Arbeiter-Sportkartell

Schauspielhaus
Tel. 36320 Operntheater Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Der Weiterfolg
Das Land der Lächeln
Operette von Franz Lehár
in der **Sensationsbesetzung**
Kammersänger
Serge Abranovic
Erni Jolan
Trude Reiter
Sonntag mittag 2 Uhr
Rübezahl
Nachmittag 4 1/2 Uhr
Der Bettelstudent

ZENTRAL-THEATER
Breslau VI, Westendstrasse 30
Téléphon 29429
Bis Donnerstag, den 13. Februar
2 Schlager, von denen ganz
Breslau spricht
Henny Porten
in ihrem besten Film
Mutterliebe
Ferner:
Die fidele Herrenpartie
6 Akte mit
Paudler, Rilla, Kampers, Picha
Jed. weitere Wort des Lobes über dies herrl. Programm erübrigt sich

EDEN-THEATER Nikolai-Str. 27
Achtung! Breslauer!
Solch ein Programm kann Euch nicht jede Woche geboten werden
Erstaufführung
Weibergeschichten
des Captain Lash
Das beste Sensations-Lustspiel, das je über die Leinwand lief. In der Hauptrolle Victor Mc Laglen, ein Kerl, so recht nach dem Herzen der Eden-Gemeinde
Anny Ondra, Siegfried Arno, Werner Fautter
1. d. prächtig, 2. ermügend Lustspiel
Das Mädel mit der Peitsche
Wochentags 5, 7, 9 — Sonntags 3, 5, 7, 9

Emallierungen, Vernickelungen, Reparaturen jed. Art
Erstklassig, preisw.
Fahrradhaus
„Eximius“
Breslau, Reulichestr. 28

Sie verdienen Sie täglich
10 Mark mit Schnürfelkel
Nur persönl. kommen

Reste
In Serge, Kiffel, Gelwand, Kerselutter, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal, alles sehr billig prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippart
Breslau
Feldstraße 16
Filiale: Oberstr. 17
Weißbergerstraße 63

Metallbetten
Polstermatratzen
billig
Eisenhandlung
Franz Neumann
Inh. Herm. Pohl
Schweidnitz, Ring 36



Fußbekleidung
kauft man am preiswertesten
im
Schuhhaus
Förster
Schweidnitz
Langstraße 6

Prima Landfedern
von 1 bis 3 Mk an zu verkaufen bei
Anna Richter
Gladenburg, Sanftkolonie Grenzstr. 3

3 Läden
sorgen in bester Weise für Ihr leibliches Wohl!
Ring 8b
Wilhelmstraße 1
Germaniaplatz 5
Karl Gmyrek, Gleiwitz

UEBICH
Die Sensation d. Abends ist
Helmut Lichterfeld
8 Uhr Abendblatt
Eine Glanznumm. d. Programm
Salerno
Tagespost
André Renaud mit seinem Jazz auf 2 Flügeln u. seiner interessant. Erscheinung
der erklärte Liebling der Frauen
Bresl. Neueste Nachr.
Georg Narow Co., die lustigen Radl. können einen groß. Heiterkeitserfolg buchen. Schl. Ztg.
Staunen, Lachen, Bewunderung
mit allenbesten 8 Uhr
Varieté-Programm
der
Extraklasse
hervor

Nähmaschinen
Unter / Adler / Ektrop / Kayser
Knopfloch- und Bieser-Maschinen für Schneider und Schuhmacher
Fahrräder, Sprech-Apparate
Reparatur-Workstatt
Georg Grenlich
Breslau, n. n. Nummer 20 u. 22
kleine Anzahlung
wöchentliche Abzahlung von 2.50 Mark

Otto Kiersch, Breslau
Koschauer Straße 28
empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung
Zahlstelle Weißstein
Wir veranstalten am 7.2.1930 im „Deutschen Hause“ um 19.30 einen
Kultur- und Bildungsabend
mit Schallplatten-Konzert, Rezitationen und anderem reichhaltigem Programm, unter Leitung des Herrn B.A. Anst
Eintritt: 30 Pfg.
wozu jedermann freundlichst eingeladen ist.

Billiger Fleisch-Verkauf!
Schweinefleisch . . . Pfd. von 1.00 an
Schweinschmigel . . . Pfd. 1.60
Schwindschmigel . . . 1.40
Rindfleisch v. Knoch. Pfd. von 1.00 an
Eupenfleisch . . . 0.80
Kalbfleisch v. Knoch. . . 1.20
Kalbfleisch v. Knoch. . . 1.40
Rinderfleisch . . . 1.40
Ferkelfleisch . . . 1.30
Ferkel Speck . . . Pfd. 1.00-1.10
Lammfleisch . . . Pfd. 0.80
Gepökelte Gabeln . . . 1.10
Rein. Schweine- u. Griebenfett Pfd. 1.90
Gulasch . . . Pfd. von 0.80 an
Gehacktes . . . Pfd. von 0.80 an
Rinderfleisch (deutsch) Pfd. 1.10-1.20
Gehackter Schinken . . . 1/2 Pfd. 0.55
Roter Schinken . . . 1/2 „ 0.60
Lachs-Schinken . . . 1/2 „ 0.60
Pfeffer, Wurstwaren . . . 1/2 „ 0.80
Prima harte Danziger Pfd. n. 1.80 an
Wurstwaren . . . Pfd. 0.30-0.40
Braunschweiger . . . Pfd. 0.25-0.35
Leberwurst . . . 1/2 Pfd. 0.15-0.40
Pfefferwurst . . . 1/2 Pfd. 0.15-0.25
Polnische . . . Pfd. 0.80-1.20
Knoblauchwurst . . . Pfd. 0.70-1.00
Fenster Kuchenschnitt . . . 1/2 Pfd. 0.45
ff. Italienische Salat . . . 1/2 Pfd. 0.20
Verd. Brodwurst Paar von 20 Pf. an
De.ße Bratwurst . . . Paar : 0 Pf.
sowie alle anderen Fleisch- u. Wurstwaren zu niedrigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Wollschloßstr. 13 / Feinst. 25 900

ff. Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
Georg Loebel
Breslau, Klosterstraße 85

Parteigenossen!
Kauft nur bei den Inserenten
Eurer Zeitung

Kauft bei Jkenberg, dort werdet ihr gut und billig bedient!

Arbeitslose kauft bei uns!

Wir geben Euch bis Ende Februar **15% Rabatt**

gegen Vorzeigen der Arbeitslosenkarte. Zu was für billigen Preisen Ihr bei uns kaufen könnt, zeigen Euch unsere 14 Schaufenster in der Gartenstraße 103 und Matthiasstraße 165/167

Kaufhaus Albert Jkenberg

1. Geschäft: Gartenstraße 103, parterre und 1. Stock am Hauptbahnhof
2. Geschäft: Matthiasstr. 165/167, Ecke Kospoststr.

Deine Einkäufe
mache bei Inserenten dieser Zeitung!
Die anderen wollen dein Geld nicht!

Max Schönfelder
Albrechtstraße 56
Heute stelle ich ca. 20 000 Dosen je 1 kilo
Junge Prinzess-Drehschoten
von hocharomatischem, zartem und selten feinem Geschmack, die nicht mit den handelsüblichen Schnitt- oder Drehschoten zu verwechseln sind, zu nachstehend ertauslich billigen Preisen zum Verkauf:

| | | | | | | |
|------|-----|------|------|------|-------|-------|
| 1/1 | 3/1 | 5/1 | 10/1 | 25/1 | 50/1 | 100/1 |
| — 68 | 2,— | 3,30 | 6,50 | 16,— | 31,50 | M |

Für stramme Packung und Haltbarkeit leiste ich jede Garantie.
ca. 30 000 Pfund
allerb. kalifornische Delikatess-Pflanzen
garantiert nur neue Ernte.
Um diesen Posten schnell abzusetzen, mache ich folgende Preise:
mittelgroße, ca. 60-70 Stück auf ein engl. Pfd., das Pfund anstatt 0,70, nur . . . M — 58
5 Pfund M 2,80, 10 Pfund M 5,50
große, ca. 50-60 Stück auf ein engl. Pfund, das Pfund anstatt 0,80, nur . . . M — 65
5 Pfund M 3,15, 10 Pfund M 6,20
extra große, ca. 40-50 Stück auf ein engl. Pfund, das Pfund anstatt 1,—, nur . . . M — 75
5 Pfund M 3,65, 10 Pfund M 7,20
Freitag, Sonnabend und die folgenden Tage
Prima gekochter Schinken
sehr zart und mild, 1/4 Pfund nur M 0,55
Besonderes Ausnahme-Angebot:
1a. Gouda-Räse
butterweich, delikater Geschmack
1/4 Pfund 20 S., 1/2 Pfund 38 S., 1 Pfund 75 S.
1/2 Laib, ca. 6 Pfund, je Pfund M 0,73;
1 Laib, ca. 12 Pfund, je Pfund M 0,71
Riesen-Zufuhr von
1a. Prachtschillingen und 1a. Samschillingen
1a. Schillinge, je Pfd. nur 0,30, 2 Pfd., ca. 5 Pfd., 1,40 M
1a. Samschillinge, sehr zartfleischig, das Stück 13 S., 2 Stück 25 S., 10 Stück M 1,10
Beachten Sie und studieren Sie in Ihrem ureigensten Interesse meine Schaufenster-Auslagen
Albrechtstraße 56 und 57.

Max Schönfelder
Kaffee-Rösteri — Tee-Import
Waren-Verhandlung und Weingroßhandlung
Breslau I, Albrechtstraße Nr. 56
R. B. Sämtliche Gemüse- und Früchte-Konserven zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Verlangen Sie meine Sonder-Liste!

An alle Genossen proletarisch. Organisationen
Verte Genossen!
Unterzeichnete Verein veranstaltet zur Veranlassung seiner Kapelle am Sonnabend, den 8. Febr. 1930, einen
Masken-Ball
im „Metropol“, Rosenthal
(erstes Lokal)
zu welchem alle Genossen herzlich eingeladen sind. Für Luftbarkeiten ist gesorgt. Prämiert werden die drei schönsten Damen- und die originellste Herrenmaske
Anfang 7 Uhr Ende ??
Eintritt: Herren 80 Pf., Damen 70 Pf.
Arbeiter-Ruff-Berein
„Germanie“, Oberstr.